

Bauzener Nachrichten



Verordnungsblatt der Kreishauptmannschaft Bauzen zugleich als Konsistorialbehörde der Oberlausitz.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaften Bauzen und Löbau, des Landgerichts Bauzen und der Amtsgerichte Bauzen, Schirgiswalde, Herrnhut, Bernstadt und Ostritz, des Hauptsteueramts Bauzen, ingleichen der Stadträte zu Bauzen und Bernstadt, sowie der Stadtgemeinderäte zu Schirgiswalde und Weißenberg.

Organ der Handels- und Gewerbekammer zu Bittau.

Verantwortlicher Redakteur Georg G. Konze (Sprechstunden wochentags von 10 bis 11 und von 3 bis 4 Uhr). — Fernsprechanschluß Nr. 51.

Die Bauzener Nachrichten erscheinen, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich abends. Preis des vierteljährlichen Abonnements 3 A. Insektionsgebühr für den Raum einer Zeile Spaltenweise gewöhnlichen Satzes 12 1/2, in geeigneten Fällen unter Gewährung von Rabatt; Ziffern, Tabellen u. anderer schwerer Satz entsprechend teurer. Nachweisgebühr für jede Anzeige und Insektion 20 Pfg., für briefliche Auskunftserteilung 10 Pfg. (und Porto). Bis früh 9 Uhr eingehende Inserate finden in dem abends erscheinenden Blatte Aufnahme. Inserate nehmen die Expedition und die Annoncenbureaus an, desgleichen die Herren Walbe in Löbau, Claus in Weißenberg, Apffel in Schirgiswalde, Gustav Köhling in Bernstadt, Buch in Ostritz, hatz bei Ostritz, Reußner in Ober-Gunnersdorf und von Endenan in Pulsnitz.

Nr. 83.

Donnerstag, den 12. April, abends.

1894.

In Gemäßheit von § 6 der Verordnung über den Geschäftsbetrieb ausländischer Versicherungsanstalten im Königreich Sachsen vom 16. September 1886 wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Niederländische Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft „Algemeens Maatschappij van Levensverzekering en Lijfrente“ in Amsterdam den Vorschriften in §§ 2 bis 4 der angezogenen Verordnung Genüge geleistet und Dresden zum Sitz für ihren Geschäftsbetrieb im Königreich Sachsen gewählt hat.

Dresden, am 3. April 1894.

Ministerium des Innern.

Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.

Bodel. Gerstorf.

Bekanntmachung.

In Lichtenberg bei Pulsnitz (Sachsen) wird am 16. April eine Postagentur eröffnet werden, welche die Bezeichnung „Lichtenberg bei Pulsnitz“ zu führen hat. Die dazugehörige Postfiliale II wird von dem gleichen Tage ab aufgehoben. Die neue Postanstalt, deren Bereichsgebiet die Orte Lichtenberg und Kleinbittmannsdorf umfaßt, wird ihre Verbindung durch Postposten nach und von Pulsnitz erhalten. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum sind festgesetzt an den Wochentagen auf die Zeit von 9-12 U. und 3-6 U., an den Sonntagen und allgemeinen Feiertagen von 8-9 U. und 5-6 U.

Dresden, 7. April 1894.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Galke.

Bekanntmachung.

Für den II. die Gemeinden resp. selbstständigen Gutsbezirke Volbitz mit Alt- und Neu-Vloschütz, Jannowitz und Döberitz, Soblenz, Dahren, Dobranitz, Döbjeitz, Göda mit Buschütz, Reda, Schütz mit Kleinpraga und Semmitzschau, und für den IV. die Gemeinden resp. selbstständigen Gutsbezirke Dreifelscham, Pehon, Raschewitz, Niederhna, Oberhna mit Böschau, Pöpsitz mit Zichardt, Pöpsitz, Pöpsitz, Söllschütz, Storch und Zschowitz umfassenden Sprengbezirk ist Herr Dr. med. Kaiser in Göda

als Imparat heute in Pflicht genommen worden.

Bauzen, am 7. April 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.

von Jeschwitz.

De.

Bekanntmachung.

Es wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß am 7. April d. J. Herr Rittergutsbesitzer Schefel auf Söllschütz als Gutsvorsteher für den selbstständigen Gutsbezirk Söllschütz in Pflicht genommen worden ist.

389 A.

Bauzen, am 9. April 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.

von Jeschwitz.

De.

Bekanntmachung.

Aus der Stiftung des verstorbenen Probstes und Canonikus Dr. Johannes Wahr, auf welche nur Wenden römisch-katholischer Religion, zunächst aus der Blutsverwandtschaft des Stifters und aus dem Nebelschüler Kirchspiel, Anspruch haben, sind vom 1. dieses Monats ab zwei Stipendien von jährlich 150 A für auf Lehramtskandidaten, Real- und Fort-, Berg und anderen Abweimern befindliche Jünglinge, und zwei Stipendien von jährlich 90 A für solche, welche eine Kunst oder ein Gewerbe erlernen wollen.

Werber wollen sich unter Vorbringung ihrer Abtammungs-, Censur- und Sittenzugnisse bis zum 15. künftigen Monats bei dem unterzeichneten Domstiftlichen Konsistorium schriftlich melden.

Dabei wird zugleich bemerkt, daß Bewerber der wendischen Sprache selbst mächtig sein müssen, bloße Abtammung von wendischen Eltern genügt nicht.

Bauzen, auf dem Decanate, den 11. April 1894.

Das Domstiftliche Konsistorium St. Petri daselbst.

Dr. Ludwig Wahl, Bischof und Dombischof.

Seyfert.

Auf dem die Firma „Domstiftliche Holzstofffabriken und Sägewerk zu Schirgiswalde“ betreffenden Folium 115 des Handelsregisters für diesen Gerichtsbezirk ist heute verlaubar worden, daß die Herr Conrad Steuper ertheilte Procura zurückgenommen worden ist.

Schirgiswalde, am 11. April 1894.

Das Königliche Amtsgericht.

Reidler. Ets.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Stadtratze sind im I. Quartale 1894 die Nummern 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 des Reichsgesetzblattes eingegangen. Dieselben enthalten: No. 2139. Handels-, Zoll- und Schiffsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien, vom 21. Oktober 1893, No. 2140. Gesetz, betreffend die Gewährung von Unterstufungen an Inwalde aus den Kriegen von 1870 und an deren Hinterbliebenen, vom 14. Januar 1894. No. 2141. Bekanntmachung, betreffend die am 30. December 1893 zu Madrid unterzeichnete Erklärung wegen Regelung der Handelsbeziehungen zu Spanien, vom 19. Januar 1894. No. 2142. Erklärung, betreffend die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisos zwischen dem Reich und Spanien auf die Zeit bis einschließlich zum 31. März 1894, vom 22. Januar 1894. No. 2143. Bekanntmachung, betreffend den Markenschein in Bulgarien vom 27. Januar 1894. No. 2144. Bekanntmachung, betreffend Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands, der Niederlande, Desterreichs und Ungarns, sowie der Schweiz, und für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und der Schweiz, rücksichtlich der nach dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr vom 14. Oktober 1890 (Reichs-Gesetzbl. von 1892 S. 793 ff.) von der Beförderung ausgeschlossen oder bedingungsweise zugelassenen Gegenstände vom 29. Januar 1894. No. 2145. Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs, vom 5. Februar 1894. No. 2146. Gesetz, betreffend die Ausführung des internationalen Vertrages vom 14. Februar 1893

zur Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseeischen auf hoher See, vom 4. März 1894. No. 2147. Bekanntmachung, betreffend den Antheil der Reichsbank an dem Gesamtbetrage des steuerfreien ungedeckten Notenumlaufs, vom 27. Februar 1894. No. 2148. Handels- und Schiffsvertragsvertrag zwischen Deutschland und Rußland, vom 10. Februar 1894. No. 2149. Gesetz, betr.

die Aenderung des Gesetzes über den Unterstufungswohnhilfs und die Erziehung des Straßengebüchens, vom 12. März 1894. No. 2150. Bekanntmachung, betreffend die Redaction des Gesetzes über den Unterstufungswohnhilfs vom 6. Juni 1870, vom 12. März 1894. No. 2151. Bekanntmachung, betr. Erziehung und Berichtung der dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehrsverehr beigefügten Liste, vom 8. März 1894. No. 2152. Gesetz, betr. die Feststellung des Reichshaushalts-Gesetzes für das Etatsjahr 1894/95, vom 18. März 1894. No. 2153. Gesetz, betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, vom 18. März 1894. No. 2154. Gesetz, betr. die Feststellung des Haushalts-Gesetzes für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1894/95, vom 18. März 1894. No. 2155. Gesetz, betr. die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für das Etatsjahr 1893/94, vom 18. März 1894. No. 2156. Gesetz, betr. die Verlängerung des Handelsprovisos zwischen dem Reich und Spanien, vom 17. März 1894. No. 2157. Bekanntmachung, betr. die Invalidentät und Altersversicherung vom Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie, vom 1. März 1894. No. 2158. Bekanntmachung, betr. Aenderung der Anlage B zur Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, vom 18. März 1894. No. 2159. Bekanntmachung, betr. die Verlängerung des Handelsprovisos zwischen dem Reich und Spanien, vom 30. März 1894 und liegen zur Einsichtnahme in der hiesigen Rathskanzlei aus.

Bauzen, den 11. April 1894.

Der Stadtratze.

Dr. Raebler, Bürgermeister. Fr.

Bekanntmachung.

Im I. Quartale 1894 sind bei dem unterzeichneten Stadtratze das 1., 2. und 3. Stück des Gesetzes und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen eingegangen. Dieselben enthalten: No. 1. Dekret, die Bekämpfung des 1. Nachtrages zur Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für die Bekämpfung des Gemeindeförderungssatzes II zu Weicha, vom 19. Dezember 1893. No. 2. Bekanntmachung, die Feststellung der Beträge zur Deckung des Bedarfs des Landesfiskus, vom 3. Januar 1894. No. 3. Bekanntmachung, die Festsetzung des Betrages der für die Naturalversorgung der Truppen im Jahre 1894 zu gewährenden Vergütung, vom 10. Januar 1894. No. 4. Verordnung, die Vollziehungsordnung für die Schiffsahrt und Fiskerei auf der Elbe, vom 8. Januar 1894. No. 5. Verordnung, from- und schiffsahrtspolizeiliche Vorschriften für die Schiffsahrt und Fiskerei auf der Elbe, vom 9. Januar 1894. No. 6. Verordnung, die Entziehung von Grundbesitz zum Herstellen von Schneeschuhanlagen an den Bahnhöfen Zwitkau-Galkenfeld und Gerlasorin-Deisitz, vom 11. Januar 1894. No. 7. Verordnung zu weiterer Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zur Aufnahme von Protokollen und zu Beurlaubungen der Justiz- und Verwaltungsbehörden, vom 16. Januar 1894. No. 8. Gesetz, die Aenderung des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878, vom 10. März 1894. No. 9. Verordnung zur weiteren Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai 1867, das Befugniß zu Aufnahme von Protokollen und zu Beurlaubungen der Justiz- und Verwaltungsbehörden, vom 22. Januar 1894. No. 10. Bekanntmachung, die veränderte Amtsbezeichnung des Staatsschulden-Buchhalters, vom 26. Januar 1894. No. 11. Verordnung, betreffend die Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen, vom 26. Januar 1894. No. 12. Verordnung zu Ausführung der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen, vom 27. Januar 1894. No. 13. Bekanntmachung, die Korrektionierung der Mobilitäts-Versicherungskasse des Vereins sächsischer Gemeindefürsorgebeamten zu Leipzig, vom 28. Januar 1894. No. 14. Verordnung, die Entziehung von Grundbesitz zum Herstellen von Schneeschuhanlagen zwischen den Stationen Klinkenberg und Niederbörbitz der Staatsbahnlinie Dresden-Berndorf, vom 1. Februar 1894. No. 15. Verordnung, die Sicherung des Betriebes auf den Nebeneisenbahnen, vom 13. Januar 1894. No. 16. Verordnung, die Abtretung von Grundbesitz zu Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Löbau nach Weißenberg, vom 12. Februar 1894. No. 17. Verordnung, die Entziehung von Grundbesitz zum Erweiterung der Anlagen des Bayerischen Bahnhofs in Leipzig, vom 20. Februar 1894. No. 18. Bekanntmachung, den zwischen dem Königreich Sachsen und dem Königreich Preußen wegen Aufhebung des Kirchen- und Schulverbandes der im Königreich Preußen gelegenen Dittschau-Bühmitz mit der im Königreich Sachsen gelegenen Kirch- und Schulgemeinde Thallwitz abgeschlossenen Vertrag, vom 22. Februar 1894. No. 19. Bekanntmachung, die Gemeindeverwaltung der Stadt Burgstädt, vom 26. Februar 1894. No. 20. Verordnung wegen Aenderung der Verordnung vom 1. Juli 1886, die ärztlichen Hausapotheken und die Frankenhäuser-Apotheken, vom 2. März 1894, und liegen zur Einsichtnahme in der hiesigen Rathskanzlei aus.

Bauzen, am 11. April 1894.

Der Stadtratze.

Dr. Raebler, Bürgermeister. Fr.

Generalversammlung

der Gemeinsamen Ortskrankenkasse für Burschwitz u. Witten

findet Freitag, den 20. d. M., Abends 7 Uhr im Gasthof zur Stadt Straßburg allhier statt.

Tagesordnung: Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres. Burschwitz, den 9. April 1894. Der Vorstand. J. Z. Zimmermann, Vorsitzender.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Schmochtitz und Umgeg.

Generalversammlung

Sonntag, den 22. April, Nachmittags 3 Uhr in Specks Gastwirtschaft zu Schmochtitz.

Tagesordnung: Abnahme der Jahresrechnung für 1893. Angelegenheiten, betreffend die Herren Kassenziele. Alle stimmberechtigten Mitglieder und deren Arbeitgeber werden hiermit eingeladen. Großwieske, 11. April 1894. von Borberg, Vorsitzender.

Zur Getreidepreissbildung.

Es ist jetzt in der deutschen Presse so viel von agrarischen Reformen, so viel von geplanten Schritten zur Hebung der Landwirtschaft die Rede, daß man an dem Ernst derartiger Pläne nicht wohl zweifeln kann. Indessen keine Reform wird — so schreibt die „Konf. Kor.“ — zu einem günstigen Ergebnis führen, wenn nicht das einzige Mittel, welches die Gesundung der Landwirtschaft herbeizuführen vermag, in Anwendung gebracht wird. Dieses Mittel ist: die Schaffung von lohnenden Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Es ist zahlenmäßig nachgewiesen, daß die ackerbau-treibende Bevölkerung gegenwärtig und schon seit Jahren für ihre Produkte Preise erzielt, welche die Herstellungs-

kosten nicht decken. Die erste Bedingung aber, um eine leistungsfähige Landwirtschaft erhalten zu können, ist doch die, zu verhindern, daß die Landwirte mit Schäden arbeiten. Wurde im Reichstage auf diesen Umstand hingewiesen, so erkannte sowohl die Reichsregierung, wie die freihändlerische Linke die Thatsache, daß die Getreidepreise den tatsächlichen Produktionskosten gegenüber zu niedrig seien, wohl an, allein sie zuckten die Achseln: Was sollen wir dabei thun? hieß es. Die Preise werden vom Weltmarkt diktiert und auf den Weltmarkt haben wir keinen Einfluß.

Der dem Reichstage zugegangene, von fast sämtlichen anwesenden Mitgliedern der konservativen Fraktion unterzeichnete Antrag des Herrn Grafen v. Kanitz hat den Zweck, den verbündeten Regierungen sowohl, wie den-

jenigen Abgeordneten, denen es darum zu thun ist, das oft so laut bekannte Wohlwollen gegen die Landwirte zu bethätigen, einen Weg, auf dem der Lösung dieser Frage nähergetreten werden kann, zu weisen. Es handelt sich darum, mit der Verbesserung der landwirtschaftlichen Lage Ernst zu machen und den verlorenen Einfluß auf die Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse wiederzugewinnen.

Daß die Freihändler ein Geschrei gegen den vorliegenden Antrag erheben, ist begreiflich; sie werden es sich aber gefallen lassen müssen, daß ihrer als verwerflich anerkannten Wirtschaftslehre umso fester entgegengetreten werde, je mehr sie durch die Handelsvertragsaktion glauben, an Boden wieder gewonnen zu haben. Die Freihändler zu befehren oder sie

auch nur zur vorurteilsfreien Prüfung der Wünsche der Landwirte zu bewegen, ist unmöglich.

Wenn aber Centrumsblätter in das manchesterliche Horn stoßen, so muß das gerade in den heutigen Zeitaläufen wunder nehmen. Doch auch durch den Widerstand jener Seite werden sich die Konservativen von der Verfolgung ihrer Bahn nicht abhalten lassen.

Selbstverständlich ist zuzugeben, daß der Graf Kanitzsche Antrag verbesserungsfähig sei. Namentlich kann man wohl über die Normierung der Minimalpreise für die in Rede stehenden Kornfrüchte streiten.

Was man die Organisation der ackerbaureibenden Bevölkerung, mag man die Verschuldungs- und Erbrechtsverhältnisse verbessern, die Landwirtschaft muß naturgemäß so lange in einer Notlage bleiben, als sie ohne Nutzen, oder, wie gegenwärtig, sogar mit Schaden produziert.

Es gilt der Aufgabe, die Landwirtschaft zu schützen, die dem Spekulantentum und dem Welthandel preisgegeben ist. Nicht darum handelt es sich, die übermäßige Verschuldeten um jeden Preis zu retten, sondern darum, der gesamten ackerbaureibenden Bevölkerung die Existenz zu sichern.

In der ebenfalls konservativen „Leipziger Zeitung“ wird dagegen ausgeführt, daß es Gründe dauernder Natur sind, die zur jetzigen Krise in der Landwirtschaft geführt haben. Wie das Ländergebiet, das jetzt in den europäischen Wettbewerben getreten ist, ist auch die Technik, welche die Zufuhr ihrer Produkte so sehr erleichtert hat, noch unabsehbarer Entwicklung fähig.

Neueste Telegraphische Korrespondenz.

Berlin, 12. April. (Tel. d. B. N.) Das Berliner Tageblatt und die „Vossische Zeitung“ melden die Mandatsniederlegung des Centrumsführers Dr. Lieber.

Wiesbaden, 12. April. (Tel. d. B. N.) Nach einer Meldung aus Bamberg gab Dr. Lieber die Absicht, sein Mandat niederzulegen, auf.

Rom, 11. April, abends. Die Kommission der Deputiertenkammer zur Beratung der finanziellen Maßnahmen beschloß heute im Gegensatz zu der Ansicht des Finanzministers Sonnino, die Frage des Notenumlaufs von den finanziellen Maßnahmen zu trennen und den Bericht über letztere der Kammer am Sonnabend vorzulegen.

Florenz, 11. April, abends. Die Königin Viktoria begab sich heute mit der Marquise of Korn, der Prinzessin Battenberg und dem Gefolge von der Villa Fabricotti nach dem Palaste Pitti zur Teilnahme an dem Frühstücksmaße bei dem Könige und der Königin.

Saar, 11. April, abends. Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zur zweiten Kammer wurden nach dem bisher vorliegenden Resultaten 23 Anhänger des vom Minister des Innern Dr. Falk eingebrachten Wahlreformprojektes und 37 Gegner desselben gewählt.

heute zwischen Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Dänemark und England stattgefunden.

Paris, 11. April, nachm. Der bayerische Geschäftsträger Hr. v. Tucher verläßt für einige Wochen Paris; die deutsche Botschaft wird währenddessen die bayerischen Interessen wahrnehmen.

Paris, 11. April, abends. In Argenteuil explodierte im Hause des Friedensrichters eine Bombe, durch welche ein geringer Schaden an Sachen angerichtet wurde. Als mutmaßlicher Thäter ist ein Anarchist Namens Major verhaftet worden.

Madrid, 11. April, nachm. Ein Notbuch, betreffend die Angelegenheiten in Melilla und die Verhandlungen in Marokko, ist heute in den Cortes verteilt worden.

Christiania, 11. April, nachm. Die Regierung hat heute im Storting eine Vorlage über die Krankenversicherung der Arbeiter eingebracht.

Petersburg, 11. April, abends. In dem Gebäude des Domänen-Ministeriums fand heute anlässlich der Umwandlung des letzteren in ein Ministerium für Domänen und Landwirtschaft ein feierlicher Gottesdienst statt.

Sofia, 11. April, nachm. Die „Agence Balkanique“ erklärt die Gerüchte von der Demission des Ministerpräsidenten Stambuloff für eine absurde Erfindung.

New-York, 10. April, abds. (Schluß-Kurse.) Anfangsträge, Schluß ruhig. Geld für Regierungsbonds, Prozentsatz 1, do. für andere Staatsbonds 1, Wechsel auf London (60 Tage) 4,57 1/2.

Leipziger Börse, 12. April. (Tel.) Dresdner 4 1/2, Stadt-Anl. 103 1/2, Anl. d. sächs. Staat 87,70, Anl. d. sächs. Staat 93,75, sächsische Bond 119,25.

Deutsches Reich.

Bayern 11. April. Auf der Tagesordnung für die heute unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns von Beszschwitz abgehaltene Sitzung des Bezirks-Ausschusses der Amtshauptmannschaft Waagen, an welcher seitens der Mitglieder die Herren Gemeindevorstand Fichte aus Rammenau, Stadtrat Herrkloß von hier, Kaufmann und Stadtvorordneter Hufte aus Bischofswerda, Graf zur Lippe auf Varuth, Rittergutsbesitzer Pfannenstiel von hier und Gemeindevorstand Thomas von Ringenhain teilnahmen, waren 45 Gegenstände verzeichnet und zwar bezogen sich davon 14 auf Gemeinde- und Wegeangelegenheiten, weitere 16 betrafen Schankkonzessions- und andere Gewerbesachen und 6 waren Gesuche um Dispensation zu Grundstückszerteilungen.

den Personen Genehmigung verleiht, nämlich: Köhlers in Steinigswaldsdorf um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein, des Osthofers Wärgaß in Raska um Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Tanzbelustigungen, des Dachdeckers Nibel in Nieder-Rosch um Erlaubnis zum Betriebe des Bier- und Branntweinschanks in Oberpuffau, Hähnchens in Oberpuffau um Erlaubnis zum Betriebe des Bier- und Branntweinschanks, Wollmanns in Luppau um Erlaubnis zum Beherbergen und Spinnstücherei in Reschwig um Erlaubnis zum Liqueur- und Cognackhandel.

Dresden. Se. Majestät der König hat geruht, bei ihrem Uebertritte in den Ruhestand dem Oberamtsrichter Karl Gustav Zumppe in Stollberg das Ritterkreuz 1. Klasse vom Verdienstorden und dem Amtsgerichtsrate Karl Gottfried Heinrich Gaudlich in Bensdorf das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

11. April. Se. Königl. Hoheit der kommandierende General Prinz Georg wohnte heute vormittag der Befichtigung des Pionierbataillons Nr. 12 auf dem Infanterie-Exerzierplatze bei.

Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August hat in Begleitung seines persönlichen Adjutanten Rittmeister Keil und des Regimentsadjutanten Premierlieutenant Heber, sowie der Herren Major Schneider, Lieutenants von Schwabe, von Mandelsloh und Martini einen Distanzritt nach Großlichterfelde ausgeführt.

Gestern abend öffneten sich die reich geschmückten Räume des Neustädter Kaffeehauses für die Teilnehmer an dem zu Gunsten des Oesterreichisch-Ungarischen Hilfsvereins veranstalteten oesterreichisch-ungarischen Kolonieball, zu dem sich zahlreiche Vertreter der ersten Kreise unserer Stadt im Verein mit einem auserlesenen Damenkorps eingefunden hatten.

Für die Einzugsfeierlichkeiten Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Johann Georg und seiner jungen Gemahlin sind gestern aus Wien vier auserlesene schöne Koffer hier eingetroffen, nachdem bereits vor einigen Wochen ein ähnlicher Transport erfolgte.

Berlin, 11. April. Der Kaiser und die Kaiserin unternehmen gestern, wie W. T. W. aus Abbazia meldet, vormittags einen Spaziergang und verweilen nachmittags längere Zeit mit den kaiserlichen Prinzen und dem Gefolge an Bord der Yacht „Christabel“, woselbst der Thee eingenommen wurde.

Die „Berliner Neuesten Nachr.“ melden aus Friedrichsruh: Der Kaiser überfandte der Fürstin Bismarck zum 70. Geburtstag mit einem Glückwunschschreiben eine kostbare Staffelei von Birkenholz, gefüllt mit den Lieblingsblumen der Fürstin, rote Nelken, Marjaskall-Nelken und Garbenien.

Die diesjährige Frühjahrsparade findet in Berlin am 30. Mai, in Potsdam am 31. Mai statt.

Der sächsische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Hohenthal, hatte für gestern Abend zu einer Soirée mit darauffolgendem Ball geladen; u. a. hatten Fürst Stolberg, Prinz Friedrich v. Hohenzollern, der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf Eulenburg, der russische Botschafter Graf Schwalow nebst Gemahlin und der italienische Botschafter Graf Lanza Einladung erhalten.

Als preussischer Gesandter in Hamburg an Stelle des Freiherrn von Thielmann ist nach der Münchener „Allgem. Ztg.“ Geheimer Legationsrat von Kiderlen-Wächter bestimmt worden; derselbe war für diese Stellung schon vor der Kladderadatsch-Affäre in Aussicht genommen. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist jedoch die Nachricht von der Ernennung verfrüht, da eine Entscheidung noch nicht getroffen sei.

Der Rittergutsbesitzer, Hauptmann a. D. Graf von Schleinig und Crain auf Brehof im Kreise Schweidnitz hat das Offizierkreuz des sächsischen Albrechts-Ordens erhalten.

Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr hielten heute eine Sitzung.

Dem Vernehmen nach brachte Preußen beim Bundesrat einen Antrag ein, die Frist, innerhalb deren den bestehenden Fortbildungsschulen als Ausnahme von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Unterricht an Sonntagen während des Hauptgottesdienstes gestattet werden könne, bis zum 1. Oktober 1897 zu verlängern.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weist darauf hin, daß die Regierung es wohl gern gesehen haben würde, wenn die Finanzreform und die Steuergesetze im Reichstage durchberathen wären, daß sie aber keinen Anlaß haben, das Streben einer Partei, die nur ein agitatorisches und Wahlinteresse daran habe, namentlich das Tabaksteuergesetz der Prozedur des Abwürgens zu unterziehen, durch ein Bestehen auf ihrem Schein zur Hilfe zu kommen, um so weniger, als die finanzpolitische Situation, wie sie durch die willkürliche Erhöhung der Einnahmen im Etatsvoranschlag seitens einer Mehrheit des Reichstages gestaltet werden sollte, es auch den Freunden der Tabaksvorlage und des Reichsfinanz-Reformgesetzes im Reichstage erschweren dürfte, für ihre Auffassung mit Argumenten einzutreten, die sich aus einer anderen Situation ergäben. Das offiziöse Blatt fährt dann fort: „Gelänge es jetzt der Partei, zu siegen, die es nach nichts weiter gelüftet, als mit dem Triumphgeschrei vor die Wähler zu treten, daß sie auch die Tabakfabrikationssteuer-Vorlage abgewürgt habe, so würde naturgemäß später die Möglichkeit, mit diesem Projekt von neuem vor den Reichstag zu treten, nicht so einfach liegen, als es der Fall sein möchte, wenn die finanzpolitische Opposition sich nicht darauf berufen können, daß die in Frage stehende Vorlage im Frühjahr 1894 durch ein Votum des Reichstages abgelehnt worden sei. Diese und andere Erwägungen können den verbündeten Regierungen es nahe legen, jetzt nicht mehr Eifer für die Durchberathung der Steuergesetze zu prästieren, als der Reichstag in seiner Mehrheit erkennen läßt.“

Von einer strafgerichtlichen Verfolgung des „Kladderadatsch“ Abstand zu nehmen, ist nach einer Meldung der „Schles. Ztg.“ aus Berlin, unter Zustimmung des Kaisers beschloffen worden.

Infolge des Unfalls auf der „Brandenburg“ hat das Reichsmarineamt Versuche auf der Werft zu Wilhelmshaven anstellen lassen, die sich in erster Linie mit der Entwässerung der Dampfrohrlleitung befassen. Dieselben haben ergeben, daß sogenannte Schläge in den Dampfrohren nur dann bei dem Einlassen des Dampfes in diese entstehen, wenn sich in der Leitungsanlage Wasser befindet, das von den Dampfnebenströmen herrührt. Das Reichsmarineamt hat daher eine neue Dienstvorschrift über die Entwässerung der Dampfrohrlleitung an Bord der Kriegsschiffe in Kraft treten lassen, in der die genaue Behandlung der Sicherheitsvorrichtungen und das Anbringen dieser hervorgehoben wird, um dadurch Wasseransammlungen in den Rohrleitungen rechtzeitig zu erkennen.

Der neue Waffenrock, der probeweise bei einer Reihe von Bataillonen zur Einführung kommen soll, wird, der „Straßb. Post“ zufolge, Ende dieses Monats zur Ausgabe gelangen. Bei dem um einige Centimeter verkürzten Waffenrock ist der oberste Knopf in Wegfall gekommen; an dessen Stelle sind zwei Haken getreten, die einen weiten Umlegestragen ungefähr von der halben Höhe des früheren Stehtragens schließen. Auf den Umlegestrapen des in der Grundfarbe des Waffenrockes gehaltenen Kragens befindet sich ein roter „Spiegel“. Bei Kälte oder Regen kann der Umlegestragen aufgestellt und durch einen Kegel geschlossen werden. Die Achselklappen und Aermelausschläge bleiben, wie sie waren. Der Schöß des Waffenrockes wird hinten aufgeschnitten.

Der Mann, der mit seinen teils selbstgefalligen, teils luftigen Ideen über den „Neuen Kurs“ im nicht-amtlichen Teil des „Militärwochenblattes“, das doch kein Kasino ist, herumspukt, scheint von maßgebender Stelle einen deutlichen Wink erhalten zu haben, seine Schreibereien einzustellen. Wenigstens bricht er sie ab mit der kleinlauten Erklärung: „Die Artikel über den neuen Kurs waren auf einer breiteren Basis angelegt, den Zeitungsstimmen gegenüber muß ich aber den ruhigen Gang der Entwicklung unterbrechen und den Gedankengang kurz zusammenfassen. Es ist der folgende: 1) Neue großartige Verhältnisse haben sich entwickelt. 2) Neue umfassende Aufgaben stehen uns bevor. 3) Es ist unsere Pflicht, uns auf sie vorzubereiten. Der Mann, welchem wir die Schaffung einer neuen Zeit verdanken, ist Kaiser Wilhelm I.; ihm und seinen Helfern gebührt unser unaussprechlicher Dank. Diesen können wir nur dadurch abstatten, daß wir das Wert, welches er geschaffen hat, schützen und weiter ausbauen. Der neue Kurs ist die Weiterführung des alten Kurses. Diese an sich einfache Studie, über deren Wert oder Unwert jedermann das Urteil freispricht, ist jedoch zu Angriffen auf das „Militärwochenblatt“ benützt worden, welche in das partei-politische Gebiet hinüberspielen. Ich halte es daher für richtig, auf eine weitere Ausführung dieses Gedankenganges vorläufig zu verzichten.“ — Das ist jedenfalls das

Beste an den deplazierten Plaudereien, die nicht in ein amtliches Militärorgan gehören — meint dazu der „Reichsb.“. — Der Vorstand des Deutschen Apothekervereins hat in seiner am 6. und 7. abgehaltenen Sitzung nach eingehender Besprechung der Einzelbestimmungen des vom preussischen Ministerium dem Reichsanwalt eingereichten Entwurfes eines Reichs-Apotheken-Gesetzes beschlossen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das im Entwurfe ausgesprochene Prinzip der Enteignung der durch langjährige Thätigkeit und Geldopfer erworbenen Besitzrechte der Apotheker anzukämpfen.

Wie die „Westf. Volksztg.“ meldet, hatte Dr. Lieber sich entschlossen, seine Mandate zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstage niederzulegen. Dieser Entschluß sei schon im vorigen Jahre erwogen und am 1. April d. S. endgültig gefaßt worden. Nach einem späteren Telegramm des nämlichen Blattes haben sich Personen, welche mit Artikeln rheinischer Centrumsblätter in Verbindung standen, gegen Dr. Lieber bereit gefunden, Dr. Lieber ihre Erklärungen zu geben. Somit sei Hoffnung vorhanden, den „zu unrecht so schwer gekränkten und so schwer entbehrlichen Parteiführer der gemeinsamen Sache zu erhalten“. Aus der kurz erwähnten, in der „Westf. Volksztg.“ veröffentlichten Erklärung des Dr. Lieber, welche er unter dem 7. April an die „Niederheinische Volksztg.“ richtete, sei noch folgendes angeführt: „Ich wollte politisch sterben aus Gesundheitsrücksichten und meiner Familienverhältnisse wegen, wie man physisch stirbt. Schickt morgen nach mir, ihr werdet einen stillen Mann an mir finden. So sind auch meine Abschiedsworte an meine Wähler und politischen Freunde abgefaßt. Morgen gedachte ich nach Berlin zu reisen, Montag niederzulegen, ohne Sang und Klang, ein schlichter Abschied. Ich wollte ihn noch nach von Loos Erklärung nehmen und alles wäre wieder gut geworden. „Mann über Bord! — Voll dampf voraus!“ Wenn ich jetzt schwiege, würde der Abschied ein infamer; das kann selbst Gott mir nicht zumuten. Wenn man von mir Schweigen verlangt, muß man nicht selbst zügellos reden, fortwährend reizen und mit Unwahrheiten wirtschaften auch noch „die Wahrheit sagen“ nennen. Ich werde also reden, von der Leber, und den Klugen zeigen, daß, wer Klugheit predigen mußte, noch dringender not gehabt hätte, sie zu üben. Es thut mir ganz besonders leid, Ihnen sagen zu müssen: an allem, was nun kommen wird, sind Sie schuld: tensus rumpitur arcus!“ Dr. Lieber schließt das Schreiben mit folgenden Worten: „So, nun haben Sie, wie's alten Freunden treuer Waffenbrüderschaft in mehr als 20 Jahren und einem ritterlichen Kampfen gegen feinesgleichen ziemt, Ihren ehrlichen Abschied. Er soll kein stiller Vorwurf für Sie sein! Jetzt aber decken Sie sich, ich mich, jeder von uns so gut er kann, denn es wird scharfe Hiebe regnen! Vous l'avez voulu! Verehrungsvollst ergeben Dr. Lieber.“

[Kolonialpolitisches.] Die „Kreuzztg.“ schreibt: Durch die Zeitungen sind die Meinungen verbreitet worden, daß der Major v. Brochem, der Stellvertreter des Gouverneurs von Ostafrika, und der Kanzler Leist von Kamerun zurückberufen seien. Nach Äußerungen in kolonialen Kreisen sind diese Angaben als richtig anzusehen; auch wird der Premierlieutenant v. François aus Südwestafrika zurückkehren. Diese Rückforderungen von Offizieren und Beamten aus drei verschiedenen Schutzgebieten überrascht nach den Reichstagsverhandlungen vom Februar einigermassen. Man wird sich erinnern, daß bei der Beratung des Etats für die Schutzgebiete von entgegengelegten Seiten des Hauses Vorwürfe gegen die drei Genannten erhoben und daß diese vom Reichsanwalt scharf zurückgewiesen wurden. Der leitende Beamte im Reichsamt trat für die Angegriffenen in einer Weise ein, daß man fast annehmen mußte, auch nicht der geringste Tadel gegen sie wäre begründet. Wenn nun jetzt, erst einige Wochen später, die Rückberufung der Beamten erfolgt, ohne daß inzwischen Ereignisse eingetreten sind, welche zu einer Aenderung der Entschlüsse hätten Veranlassung geben können, so macht das den Eindruck, als wäre die an sich anerkanntswürdige Verteidigung der angegriffenen Beamten nur aus einer parlamentarischen Taktik entsprungen. Innerhalb der Regierungskreise scheint schon damals eine andere Ansicht bestanden zu haben. (Der Kanzler Leist ist schon seit 1890 in Kamerun thätig; er kam als Regierungs-Assessor vom Auswärtigen Amt dahin, wurde dann 1892 zum Kanzler ernannt und vertrat vom April bis August 1892 den Gouverneur. Dann kehrte er mit Urlaub nach Deutschland zurück und wurde für den nach Kamerun gesandten Legationsrat v. Schuckmann in der Kolonialabteilung beschäftigt. Anfang 1893 reiste er auf seinen Posten nach Westafrika zurück und übernahm im Sommer 1893 zum zweiten Male die Vertretung des Gouverneurs. Major v. Brochem vom Infanterie-Regiment Nr. 131 kam 1892 zur Adjutantur des 10. Armeekorps in Hannover und wurde im August 1893 von da zum Auswärtigen Amt kommandiert. Er reiste noch Ende des Monats nach Ostafrika ab und traf am 20. September in Dar-es-Salaam ein. Er befindet sich also erst sieben Monate daselbst. Premierlieutenant v. François à la suite des Infanterie-Regiments Fürst Leopold von Anhalt-Desau [1. Magdeburgisches] Nr. 26 kam 1890 nach Südwest Afrika; er rückte mit den 42 berittenen Mannschaften der neuen Schutztruppe am 6. März d. S. in Djinbiqua zur Freude der Deutschen ein. Seitdem hat er nur einmal im Sommer 1893 einen Urlaub in Deutschland verbracht. Von ihm liegen zahlreiche Berichte über Reisen im Schutzgebiete, Schilderungen u. s. w. vor; auch hat er mancherlei Sammlungen eingeschickt. Im Herbst 1891 wurde er zum Premierlieutenant ernannt.)

Coburg, 11. April. Wie die „Coburger Zeitung“ meldet, kommt auch der Großfürst-Ehrenfolger hierher zur Trauung des Großherzogs von Hessen mit der Prinzessin Viktoria Melita.

Stuttgart, 11. April. Seit der Eröffnung der Eitergeschwulst am Bein hat sich bei der Königin das Fieber stetig ermäßigt und ist jetzt auch abends nahezu verschwunden. Die Eiterabschwemmung nimmt langsam ab. Der Appetit stellt sich wieder befriedigend ein; nur der Schlaf läßt noch zu wünschen übrig.

Oesterreich.

Wien, 11. April. Das offizielle Programm für den Empfang und den Aufenthalt des Kaisers Wilhelm in Wien lautet wie folgt: Der Deutsche Kaiser trifft am

13. d. M. um 11 Uhr vormittags im Südbahnhof in Wien ein und wird daselbst von dem Kaiser Franz Joseph und den in Wien anwesenden Erzherzogen empfangen. In der Hofburg erwarten die in Wien anwesenden Erzherzoginnen die Ankunft des Deutschen Kaisers. Der Erste Oberst-Hofmeister und der Ober-Ceremonienmeister empfangen denselben am Fuß der schwarzen Abtrittstiege. Das Dejeuner nimmt der Deutsche Kaiser bei den Offizieren des 7. Husaren-Regiments. Um 6 Uhr abends findet im Ceremonienaal der Hofburg Tafel statt. Der Vorstellung im Hofoper-Theater werden der Deutsche Kaiser und der Kaiser Franz Joseph mit den Erzherzogen und Erzherzoginnen in der Mittelloge beizubehalten. Der Zuschauerraum des Theaters ist festlich beleuchtet. Die Abreise des Deutschen Kaisers erfolgt Sonnabend, den 14. d. M., vormittags vom Westbahnhof. — In seiner am Sonnabend im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede hatte der Finanzminister Dr. von Plener erklärt, daß wahrscheinlich eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntwein werden gesucht werden müssen. Hieran anknüpfend schreibt das „Trendenblatt“, es sei bisher keineswegs entschieden, ob die Frage durch eine einfache Erhöhung der Branntweinsteuer unter Beibehaltung der jetzigen Grundlagen oder durch die Einführung des Handelsmonopols werde gelöst werden. Es verlautet vielmehr, die einschlägigen Studien der Regierung seien noch nicht so weit gediehen, daß man vor einer prinzipiellen Entscheidung stünde. — Im Abgeordnetenhaus stimmte bei der Debatte über den Dispositionsfonds der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz der Bemerkung Gregr's zu, daß die Biffer des Dispositionsfonds niedrig sei und bedauerte sodann für seine Person, daß die Verhandlungen bezüglich der Wahlreform in einem so frühen Stadium veröffentlicht worden seien. Er wolle ununtersucht lassen, ob dies nicht den günstigen Gang der Verhandlungen beeinträchtigt; er rechne aber wesentlich auf das Einnehmen der koalitierten Parteien und hoffe, daß sich ungeachtet der Schwierigkeiten eine Form auffinden lassen werde, durch welche unter Erhaltung des politischen Schwergewichts der staatsrechtlichen Elemente Raum für die bisher vom Wahlrecht ausgeschlossenen Volksschichten geschaffen werde. In die Einzelberatung der bisher eingebrachten verschiedenen Reformvorschlüge einzutreten erachte er im jetzigen Augenblick für unangebracht. Die Regierung werde von ihrem durch die Parteien gebilligten motus procedendi nicht abgehen und noch viel weniger sich durch Drohungen von außen hiervon abbringen lassen. (Lebhafter Beifall.) Hinsichtlich der Auslegungen seiner im Budgetausschusse gemachten Äußerung über die böhmische Frage erklärte der Ministerpräsident, man spreche auf jugoslawischer Seite von der böhmischen Frage als von einer internationalen und verweise darunter die reine Personalunion. Er überlasse es dem Hause, zu beurteilen, ob eine kaiserliche und königliche Regierung die böhmische Frage in diesem Sinne acceptieren könne. Die Behauptung, er leugne, daß in Böhmen Fragen ihrer Lösung harren, welche hinsichtlich alldemalig sowohl einer den Staatsinteressen entsprechenden, als auch die beteiligten politischen Faktoren betriebligenden Lösung zugeführt werden würden, oder die Behauptung, er leugne sogar die Existenz des böhmischen Volkes (Heiterkeit), könnten wohl ein wirksames Agitationsmittel bilden (sehr gut), sei aber weder haltbar, noch gerecht (sehr gut). Daß die Koalition aus ehemals gegnerischen Parteien und Faktoren sich gebildet habe, sei nichts Neues; aber das von Gregr hierin vermischte ethische Moment erblicke der Ministerpräsident gerade in dem Bestreben gemeinsamer Arbeit der staatsrechtlichen Elemente zur Abwehr gemeinsamer Gefahren. Dieses ethische Moment hätten die Freunde der Koalition ausdrücklich betont und — der Ministerpräsident — begriffe die Erklärung des rüchigen Sprechers in der Generaldebatte, wonach dieses Moment denselben zum Anschluß an die Koalition bewegen habe. (Lebhafter Beifall.) Er wünsche aufrichtig, daß der Koalitionsgegner sich zum Wohl des Staates und aller Teile kräftige. (Lebhafter Beifall.) Er hoffe, daß die Regierung, dank dem guten österreichischen Geiste des Hauses, der schwierigen Aufgabe werde gerecht werden. (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen.) Die Minister und viele Abgeordnete beglückwünschten den Ministerpräsidenten. Finanzminister Dr. von Plener erklärte die Behauptung Gregr's, er, der Finanzminister, habe seiner Zeit gesagt, er werde das böhmische Volk mit Skorpionen züchtigen, für absolut unwahr. Er habe niemals weder diesen noch einen ähnlichen Ausdruck gethan. Gregr möge seine Quelle nennen oder der Wahrheit die Ehre geben. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.) — Das Haus nahm den Titel „Dispositionsfonds“ mit großer Majorität an. Im Laufe der Debatte erklärte sich Abg. Gregr bereit, die gestern gegen den Finanzminister Dr. von Plener und die Polen gerichteten Ausdrücke zurückzunehmen, da ihm die Absicht zu beleidigen fern gelegen habe. In seinem Schlussworte bei der Beratung über den Dispositionsfonds erklärte der Berichterstatter Graf Palfy, die Aufrechterhaltung und die Pflege des österreichischen loyalen Prinzips sei immer die Hauptaufgabe des böhmischen Adels gewesen. Gleiche Rechte, gleiches Wohlwollen für beide Volkstämme. Die konservative Partei föhne mit der radikalen Partei nicht zusammengehen. Eine böhmische Frage im Sinne einer Personalunion werde der böhmische Adel niemals kennen, weil sie im Widerspruch stehe mit den Traditionen des Adels und der Liebe zu Oesterreich. (Beifall.) Bei der Specialdebatte über das Budget des Ministeriums des Innern erkannte der Jungczech Dvorak an, daß die in neuer Zeit von der Regierung getroffenen Einrichtungen zum Schutze und zur Verbesserung einer besseren Lage der Arbeiter sich glänzend bewährt und eine außerordentliche Abnahme der Sterblichkeit und der Infektionserkrankungen herbeigeführt hätten, doch sei die Sterblichkeit unter den Kindern noch ungemein groß. Dvorak richtete einen Appell an die Regierung zur Ergänzung und Ausgestaltung des Sanitätswesens. (Lebhafter Beifall.) — In Abgeordnetenkreisen wird bestimmt versichert, die durch die gestrigen erregten Debatten hervorgerufenen Ehrenhändel zwischen Eduard Gregr und dem Polenklub einerseits, sowie dem Grafen Hompesch und Basaty andererseits seien durch den Austausch von beiderseits für befriedigend erachteten Erklärungen zwischen den letzteren und durch die in der heutigen Abgeordnetenhaus-sitzung abgegebene Erklärung Gregr's, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, das polnische Volk oder dessen Vertreter irgendwie zu beleidigen, beigelegt.

Der Sektionschef im Unterrichtsministerium, David, ist gestorben.

Prag, 11. April. Die heute erschienenen alteczechischen Blätter verurteilen das gestrige Auftreten der jugoslawischen Abgeordneten auf das entschiedenste. „Das Narod“ sagt: „Wenn die ärgersten Feinde und Schädiger des czechischen Volkes solche Redner eigens hätten bestellen wollen, so würden sie keine geeigneteren gefunden haben. Die „Politik“ protestiert lebhaft dagegen, daß die Lärmmacher der Prager Gemeindestube im Namen des böhmischen Volkes gesprochen hätten.“

Auf dem Agrarmer Bahnhof explodierte am 10. d. beim Ausladen des Gepäcks aus dem Fiumer Zuge ein Koffer, der etwa drei Kilogramm Gewehr- und Revolverpatronen enthielt. Der Eigentümer des Koffers, der Waldarbeiter Andras Sepics aus Bolosca, der sich auf einer Reise nach Bosnien befand, und zwei Begleiter desselben, deren Koffer ebenfalls Patronen enthielten, wurden

verhaftet. Zwei Gepäckträger sind durch die Explosion schwer verwundet worden.

* Pesth, 11. April. Im Abgeordnetenhaus meldete Agron einen Antrag an, in welchem das Haus aufgefodert wird, der Regierung die Mißbilligung wegen der Haltung bei der Trauerfeier für Kossuth auszusprechen. Agron wird Sonnabend den Antrag begründen. Voeroes meldete eine Interpellation wegen angeblicher Verfassungsverletzung bei Befegung des Agramer Erzbistums an. Bei der fortgesetzten Generaldebatte der Ehrengesandtschaft begründete Apponyi seinen Antrag, betreffend die Notwillehe, damit, daß die Gesellschaft nur die kirchliche Beschließung für sittlich zulässig betrachte. Die in Oesterreich gemachten Erfahrungen sprächen nicht gegen seinen Antrag.

Franz Kossuth erklärte dem Pesther Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“, wenn er sich in Ungarn niederlasse, was noch nicht bestimmt sei, so habe er nicht die Absicht, eine Störung der Ordnung herbeizuführen. Er sei selbstverständlich den Grundfäden seines Vaters treu geblieben; was sich aber davon zur Zeit verwirklichen lasse, könne er erst nach dem Studium der Lage beurteilen. Er würde sich dann keiner Partei anschließen, sondern ein Programm aufstellen und Anhänger im Lande werben.

Schweiz.

Bern, 10. April. Im Nationalrat stellten eine Anzahl von Abgeordneten den Antrag, den freien Zollzonen Frankreichs bei der Einfuhr ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach der Schweiz die Meistbegünstigung zu gewähren. — Neun Mitglieder werden im Bundesrat wegen der fortwährenden politischen Wühlereien, die sich der vom Bundesrat besoldete schweizerische Arbeitersekretär (Gruelich) in sozialistischem Interesse gestattet, eine Anfrage stellen.

Italien.

Mailand, 10. April. Zuverlässig verlautet, daß die vom Schatzminister verfügte Ueberführung von 200 Millionen Gold aus den Beständen der Zettelbanken auf den Staatschatz als der erste Schritt zur Schaffung der von Crispi seit Jahren geplanten Staatsbank nach dem Vorbilde der deutschen Reichsbank zu betrachten ist.

Frankreich.

Paris, 10. April. In der am 24. d. beginnenden neuen Session der Kammern wird die Regierung eine Reihe wichtiger Vorlagen einbringen. In erster Linie wird der Finanzminister das Gesetz über die Feststellung des Budgets von 1895 vorlegen. Es begreift außer anderen wichtigen Reformen die Umbildung der Vermögenssteuer in eine Wohnungs- und Dienstbotentaxe in sich. Gleichzeitig beabsichtigt der Finanzminister eine Vorlage über die Getränkesteuer einzubringen. Der Justizminister wird die Revision des Bürgerlichen Gesetzbuchs beantragen, um die Zivilgerichtsbarkeit schneller wirkend und weniger kostspielig zu gestalten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird die Revision des Gesetzes von 1810 über die Bergwerke beantragen. Sodann gedenkt er der Kammer einen Plan über die Erbauung der Pariser Stadtbahn vorzulegen. Der Ackerbau-Minister endlich wird ein Kreditgesetz und ein solches zur Verhinderung der Waldbrände einbringen.

Für die französische Feldartillerie ist die Einführung einer neuen von einem Kavallerie-Kapitän erfundenen Kanone angenommen worden. Die Lafette mit den notwendigen Aenderungen an den Geschützrohren erfordert 240 Millionen. Das neue Geschütz hat Metallräder, besitzt vermindertes Gewicht und eine bedeutende Durchschlagskraft.

— Im Korsischen Generalrat ist die Abwesenheit von 18 Republikanern zur Durchsetzung eines Tadelbeschlusses gegen den Präfekten ausgenutzt worden. Der Präfekt verließ darauf mit den übrigen Generalräten den Saal. — In Le Vigan wurden die Brüder Cazard wegen ungezügelter Aufbewahrung von Dynamit zu einem Monat und zehn Tagen Gefängnis verurteilt. — Die Anklagekammer hat entschieden, daß Henry wegen des Anschlages in der Rue des Bons Enfants vor das Schwurgericht zu verweisen und daß diese Angelegenheit zugleich mit dem Verbrechen im Terminuscafé zu beurteilen ist. (R. Z.)

Großbritannien.

Der Pariser „Figaro“ meldet, der englische Premierminister Lord Rosebery werde demnächst die verwitwete Herzogin von Albany heiraten. Lord Rosebery hatte bekanntlich in erster Ehe die Tochter des Lord Rothschild, Hannah, geheiratet, die ihm durch den Tod entrißen wurde. Die verwitwete Herzogin von Albany ist die am 17. Februar 1861 geborene Prinzessin Helene von Waldeck, die am 27. April 1882 den jüngsten Sohn der Königin von England, Herzog Leopold von Albany, heiratete, der am 28. März 1884 schon starb. Sie besitzt von ihm zwei Kinder, die Prinzessin Alice und den Prinzen Karl Eduard. Außerdem meldet der „Figaro“ noch, die jüngste Tochter des Prinzen von Wales, Prinzessin Maude, werde demnächst den Lord Doughton heiraten.

Spanien.

* Am 9. d. abends fanden in Valencia Kundgebungen gegen die Pilgerzüge statt, wobei Hochrufe auf Garibaldi und die italienische Einheit ausgebracht wurden. Die Polizei trieb die Manifestanten auseinander. Es sind Maßregeln getroffen worden für den Fall, daß die Kundgebungen sich bei der Einschiffung der Pilger wiederholen sollten. — Von Madrid sind am 10. abends 1400 dem Arbeiterstande angehörige Pilger nach Rom abgereift.

Rußland.

Im Auftrage der „Post“ hat Georg Schweizer den russischen Finanzminister Witte in Petersburg interviewt. Der Finanzminister äußerte, die politische Bedeutung des Handelsvertrages sei ihm durchaus bewußt. Zwei Staaten, die durch ihre Lage, durch Familienbande und Traditionen bis vor kurzer Zeit stets in gutem Einvernehmen gelebt hätten, müßten gute Beziehungen pflegen, was im gleichen Maße die Interessen des einen wie des anderen Staates fördern würde. Er glaube auch, auf deutscher Seite denselben Wunsch zu finden. Das freundschaftliche Verhältnis Rußlands zu Frankreich könne unmöglich den guten deutsch-

russischen Beziehungen störend in den Weg treten und würde auch bestimmt weiter fort dauern.

Serbien.

* Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Belgrad vom 10. d. gemeldet: Die Regierung hat die durch den Baron de Layrac ihr gemachten Propositionen der Bankengruppe abgelehnt. Heute hat infolgedessen die Berliner Handelsgesellschaft im Auftrage der beteiligten Banken dem serbischen Finanzminister ein energisches Ultimatum gestellt, in welchem sie unbedingte und unverkürzte Annahme der Serbien im Interesse der Gläubiger übermittelten Propositionen fordert. Falls dies nicht bis heute abend 9 Uhr geschieht, werden die Banken die sofortige Intervention der Kabinette von Paris, Berlin und Wien anrufen. Die hauptsächlichste Forderung besteht darin, daß gewisse Einnahmen, wie die Monopole, vollkommen durch Vertrauensmänner der Banken verwaltet und die Anleihekassen reorganisiert werden. Aus den letzteren und der Spezial-Kontenkasse hat der Finanzminister zur Deckung der dringendsten inneren Bedürfnisse ca. 1 1/2 Millionen in der letzten Woche entnommen. Infolge des Ultimatus fand ein Ministerrat statt, in welchem der Finanzminister Petrowitsch erklärte, lieber demissionieren zu wollen, aber unter keiner Bedingung die Vorschläge der Bankengruppe, welche aus Serbien ein zweites Aegypten schaffen wolle, anzunehmen. Es gilt für wahrscheinlich, daß in letzterem Falle die Krisis eine weitere Ausdehnung annimmt. Nach einer späteren Meldung hat der Finanzminister Petrowitsch in Beantwortung des Ultimatus der Bankengruppe heute abend die Vorschläge derselben rundweg abgelehnt.

Wegen des serbisch-bulgarischen Grenzvorfalls, bei dem es zum Kampf zwischen bulgarischen Bauern und serbischen Grenzwächtern kam, hat die serbische Regierung die von Bulgarien geforderte Zahlung einer Entschädigung an die Bauern abgelehnt.

Montenegro.

* Cetinje, 11. April. Die Pforte beauftragte den General-Gouverneur von Sutari, sich an die montenegrinische Grenze zu begeben und energische Maßregeln gegen die Albanesen zu ergreifen, um alle Grenzstreitigkeiten beizulegen.

Türkei.

Konstantinopel, 10. April. Die Zeitung „Novini“, das Organ des bulgarischen Exarchats, meldet, der Exarch habe eine längere Unterredung mit dem Großvezier gehabt. Dasselbe Blatt berichtet, kürzlich sei in Kischewo eine bulgarische Schule mit Öffentlichkeitsrecht eröffnet worden. — Dem bulgarischen Agenten Dimitrow ist der Reichsdiplome-Orden zweiter Klasse verliehen worden.

Ägypten.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß diplomatische Corps in Peking habe abermals eine Note an den Jungli-Namen gerichtet, worin nachdrückliche Maßregeln zur Abstellung der Christenverfolgung gefordert werden.

Äfrika.

Aus Kairo schreibt man der „Pol. Kor.“: Sehr bemerkt wurde hier selbst, daß der russische Admiral Avelan und seine Offiziere, welche am 8. d. Kairo wieder verließen, von der französischen Kolonie daselbst gänzlich unberücksichtigt blieben, und doch wäre die beste Gelegenheit vorhanden gewesen, sie auszuzeichnen, da während des Aufenthaltes der Russen der neue französische Klub eingeweiht wurde.

Einer Meldung der „Daily News“ aus Kairo zufolge fanden Zusammenstöße zwischen englischen und ägyptischen Soldaten statt, wobei letzteren die Zivilisten beistanden. Die Thatfache gilt als ein Beweis des anti-englischen Fanatismus, der von den Parteien geführt werde.

Amerika.

Honduras. Aus Tegucigalpa wird gemeldet, daß der General, der Amalapa für den Expräsidenten Vasquez befehligt, sich der neuen Regierung unterworfen hat. Buenos-Ayres, 10. April. Urbano, der Kandidat der Versöhnungspartei, ist zum Gouverneur von La Plata gewählt worden.

* Nach einer Meldung des „New-York Herald“ aus Rio de Janeiro weigerte sich Da Gama, das portugiesische Kriegsschiff „Mindello“ zu verlassen, als sich daselbe vor Buenos-Ayres befand. 250 Flüchtlinge, welche ans Land gegangen waren, sind eingeholt und auf das Schiff zurückgebracht worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. April. Erster Gegenstand der Tagesordnung der heutigen 79. Sitzung ist die zweite Beratung des Antrags Schroeder, betr. die Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen. Auf Antrag Singer wird wegen der schwachen Befegung des Hauses die Beratung darüber vorläufig zurückgesetzt und es werden zuerst Wahlprüfungen vorgenommen. Die Prüfung der Wahl des Abg. Wamhoff-Hannover (nl.) wird auf Antrag von Marquardsen an die Kommission zurückverwiesen. — Die Wahl des Abg. Dr. Haffke-Leipzig (nl.) wird für gültig erklärt. — Betreffs der Wahl des Abg. Greiß-Köln (Gr.) wird der Antrag der Kommission, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der preussischen Regierung die ursprünglichen Grenzen des Wahlkreises, Stadtkreis Köln, sowie die Zahl der in den einzelnen, von der Grenzveränderung berührten Wahlbezirken zur Wahl Berechtigten nach den ursprünglichen Bezirksbestandteilen getrennt feststellen zu lassen, angenommen. — Die Wahl des Abg. Weber (6. Oberbayern) wird für gültig erklärt. — Die Entscheidung über die Wahl des Abg. Krupp-Düsseldorf (Npt.) beantragt die Kommission auszusetzen und Beweis-erhebungen über 12 Protestpunkte zu veranstalten. Das Haus beschließt demgemäß. — Ebenso wird die Beschlußfassung über die Wahlen der Abgg. Lüttich-Schwarzburg-Rudolstadt (Fr. Bgg.) und von Gerlach-Köslin ausgesetzt. — Die Wahl des Abg. Preiß (3. Eis-Lothr.) wird

für gültig erklärt. — Die Entscheidung über die Wahlen der Abgg. Koeller-Dortmund (nl.), Bantleon-Württemberg (nl.), Siegle-Württemberg (nl.) und Dr. Böttcher-Waldeck (nl.) wird ausgesetzt. — Die Wahl des Abg. Bayerlein-Oberfranken wird für gültig erklärt. — Nun folgt die zweite Beratung des Antrags Schröder, betr. die Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen (gleiche Kündigungsfristen für Prinzipal und Gehilfen). Die Beratung wurde in der 55. Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit des Hauses abgebrochen. Der Antrag verlangt eine Minimal-Kündigungsfrist von einem Monat dergestalt, daß die Kündigung immer auf den Ersten des Monats gestellt werden muß. Die Kündigungsfristen müssen für beide Teile gleich sein. Angenommen wurde damals bereits der Eventualantrag Lenzmann zu dem Antrage Singer, daß die Minimal-Kündigungsfrist keine Anwendung findet auf solche Beschäftigungen, die ihrer Natur nach weniger als einen Monat dauern. Gleichzeitig liegt noch ein Antrag von Buchka (konf.) vor, der ohne Rücksicht auf einen bestimmten Termin eine vierwöchentliche Minimal-Kündigungsfrist festsetzt. — Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und des Centrums abgelehnt, dagegen der Antrag von Buchka (mit dem Antrage Lenzmann) einstimmig angenommen. Absatz 2, 3 und auch 4 des Antrags Schroeder (Pflicht des Prinzipals zur Ausstellung von Zeugnissen) werden angenommen. Abg. Singer beantragt ferner einen Zusatz zu Artikel 60 des Handelsgesetzbuchs: „Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.“ Artikel 60 enthält Bestimmungen über die Gehaltszahlung bei Krankheit der Handlungsgehilfen. Es solle verhindert werden, daß der Prinzipal sich durch Privatverträge der Gehaltszahlung im Krankheitsfalle entziehe. Der Antrag liege im Interesse derjenigen, die eine jechswöchentliche Kündigung haben oder über 2000 Mk. Gehalt beziehen und im Krankenversicherungsgesetze nicht berücksichtigt seien, aber auch im Interesse aller übrigen Handlungsgehilfen. — Abg. von Buchka (dk.) spricht seine Zustimmung zu diesem Antrage aus. — Abg. Schroeder (Freis. Bgg.) wendet sich gegen den Antrag Singer, da dieser in die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes eingreife; er könne sogar eine Schädigung der Handlungsgehilfen herbeiführen. — Der Antrag Singer wird angenommen, desgleichen ein Antrag Spahn, wonach auf Antrag des Handlungsgehilfen die Ortspolizeibehörde das Zeugnis kosten- und stempelfrei zu beglaubigen hat. — Die zweite Beratung des Antrags Rintelen, betr. Abänderung der Konkursordnung, wird auf Antrag des Abg. Dr. v. Bennigsen von der Tagesordnung abgesetzt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung morgen. (Handelsvertrag mit Uruguay, dritte Beratung des Viehsuchengesetzes und des Gesetzes über die Abzahlungsgehalte, sowie die zweite Beratung des Antrags Rintelen, betreffend Abänderung der Konkursordnung.) — Schluß 2 1/2 Uhr.

— Die Budgetkommission beriet heute den Gesetzentwurf, betreffend die Ueberweisung von 67 Millionen aus dem Reichsinvalidenfonds zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichsstafie. Abg. v. Leipziger bekämpfte die Vorlage. Zunächst müßten die berechtigten Forderungen der Invaliden erfüllt werden. Staatssekretär Graf von Posadowsky betonte, der noch zurückbleibende Fonds reiche aus, um den berechtigten Wünschen der Invaliden zu genügen. Ohne Bewilligung der Mittel müßte die Regierung Schulden kontrahieren. Abg. Richter bestritt die Notwendigkeit der Forderung. Abg. von Güttingen war ebenfalls gegen die Vorlage. Vorläufig könne man diese Summe in dem Invalidenfonds noch nicht missen. Abgeordneter Dr. Einneckerus meinte, es würden noch erhebliche Anforderungen an den Fonds herantreten. Unterstaatssekretär L. Schenborn erklärte, die Reichsregierung sei nicht in der Lage, die Reichswirtschaft ohne die verlangten 67 Mill. fortzuführen. Die Diskussion soll am Sonnabend fortgesetzt werden.

— Die 11. Kommission trat heute nochmals zusammen. Sie hat bereits durch den Abg. Schwarze (Centr.) über den von den Abgg. Dr. Rintelen, Gröber, Spahn, Dr. Bachem, Dr. Hise eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Konkursordnung vom 10. Febr. 1877, Bericht erstatten lassen. Es war am Schlusse der Verhandlungen eine Resolution dahin eingebracht worden, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Statistik der Konkursfälle der deutschen Gerichte nicht nur in Beziehung auf die Geschäftslast, sondern auch der volkswirtschaftlich und sozialpolitisch bedeutsamen Thatfachen veranlassen zu wollen. Zur Resolution waren einzelne Punkte, auf welche sich diese Statistik erstrecken sollte, angeführt worden. Da seitens mehrerer Kommissions-Mitglieder und auch des Regierungs-Kommissars die Ansicht ausgesprochen wurde, daß es nicht angezeigt erscheine, über alle beantragten Punkte statistische Erhebungen anzustellen, so wurde die Beratung und Beschlußfassung darüber bis nach den Osterferien ausgesetzt, eventuell soll hierüber ein Nachtrags-Bericht erstattet werden. Die Kommission unterzog sich der ihr in dieser Beziehung gestellten Aufgabe heute vormittags und genehmigte die Resolution in folgender Fassung: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß über die von den deutschen Gerichten behandelten Konkursfälle der Jahre 1891, 1892 und 1893, sowie über die späteren Fälle alljährlich eine Statistik veröffentlicht werde, welche, soweit möglich, die in der beigefügten Rubrikenübersicht angeführten Thatfachen zur Darstellung bringt.

— Die Rechnungs-Kommission beantragt beim Plenum, dem Gesetzentwurf, betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für die Etatsjahre 1892/93 und 1893/94 in unveränderter Form die Zustimmung zu erteilen. Zugleich empfiehlt sie folgende Resolution zur Annahme: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den allgemeinen Rechnungen über den Reichshaushalt summarische Nachweisungen über die erlassenen justificierenden Kabinettsordres beizufügen.“

— Die Briefstaubenkommission hat den Gesetzentwurf der Regierung mit einigen Abänderungen ange-

(Fortsetzung in der ersten Beilage)

nommen. § 2 erhielt folgende Fassung: Die Uebungsreisen der Briestauben sind völlig freigegeben. Im übrigen unterliegen auch Militär-Briestauben den eventuell eingeführten polizeilichen Sperrzeiten, doch dürfen Dienstreisen nur je eine im Frühjahr und im Herbst angelegt und nur auf zehntägige Dauer bemessen sein. § 3 befaßt, daß als Militär-Briestauben solche gelten, welche der Militär- oder Marineverwaltung gehören und mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen sind. Hier wurde folgender Zusatz angenommen: Privat-Briestauben genießen die Vorrechte erst dann, wenn durch öffentliche Bekanntmachung sie als der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt bezeichnet sind. Die mündliche Berichterstattung für das Plenum ist dem Abg. Lenzmann übertragen worden.

Die Abgeordneten Hirschel und Genossen haben folgenden, kurz schon erwähnten, Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Gesetz, betreffend die öffentlichen Ausverkäufe zum Zwecke der beschleunigten Veräußerung von Waren. § 1. Die Veräußerung von angekauften öffentlichen Ausverkäufen zum Zwecke einer beschleunigten Veräußerung von Waren im Kleinverkauf ist nur mit Bewilligung der Ortspolizeibehörde gestattet. § 2. Der Bewerber um eine solche Bewilligung hat an die Polizeibehörde des Orts, in welchem der Verkauf stattfinden soll, ein schriftliches Gesuch zu richten, in welchem folgende Angaben enthalten sein müssen: 1) die genaue Beschreibung der zu veräußernden Waren nach Beschaffenheit und Menge; 2) die genaue Angabe des Standortes des Ausverkaufs; 3) die Zeit, während welcher der Verkauf stattfinden soll; 4) die Personen, in deren Eigentum oder Besitz sich die zu veräußernden Waren befinden; ferner die Personen, durch welche der Verkauf stattfinden soll (z. B. Geschäftsinhaber, dessen Bedienstete, Geschäftsführer u. dergl.); 5) die Gründe, aus denen der Verkauf stattfinden soll, wie Ableben des Geschäftsinhabers, Aufhören des Gewerbetriebes, Uebergang des Geschäfts an einen neuen Besitzer, Uebernahme des Geschäfts u. dergl. § 3. Die Ortspolizeibehörde kann die Bewilligung zum Verkauf auf die Dauer von zwei Monaten erteilen; für eine längere Dauer, und zwar bis längstens einem Jahr, kann die Bewilligung bei besonders berücksichtigungswürdigen Umständen nur von der höheren Verwaltungsstelle erteilt, bez. verlängert werden. Die Erteilung der Bewilligung bleibt dem freien Ermessen der zuständigen Behörde nach Würdigung der obwaltenden Verhältnisse vorbehalten. Mit Ausnahme des Todesfalles des Geschäftsinhabers kann die Bewilligung zum Verkauf nur dann erteilt werden, wenn das Geschäft bereits seit zwei Jahren besteht. Die Genehmigung zur Veranstaltung eines Ausverkaufs darf ein und demselben Geschäftler vor Ablauf von drei Jahren nicht wieder erteilt werden. Ausgenommen hiervon sind die durch den Betrieb bedingten regelmäßig wiederkehrenden Inventur-Ausverkäufe. § 4. Der Verkauf darf sich lediglich auf die ursprünglich angekauften Waren (§ 2 Absatz 1) erstrecken. § 5. Der vollständige Preis und Zuname des Ausverkaufsinhabers muß in allen Reklamen, Annoncen, Plakaten, Ankündigungsgen, auf Firmenschildern u. dergl. deutlich angegeben sein. Der Inhalt aller Reklamen, Annoncen, Plakate, Ankündigungsgen und dergl. muß mit den der Ortspolizeibehörde gemachten Angaben (§ 2) übereinstimmen. § 6. Vor erteilter Bewilligung (§ 1) darf ein Ausverkauf weder angefangen noch begonnen werden; derselbe darf auch über die bewilligte Zeit nicht fortgesetzt werden. § 7. Auf Verkäufe, welche infolge richterlicher Entscheidung oder sonstiger behördlicher Anordnung oder von Seiten der Konsummassen-Verwaltung erfolgen, finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung. § 8. Uebertretungen dieses Gesetzes werden nach Maßgabe der Bestimmungen der Gewerbeordnung bestraft. Findet eine Ergänzung des Vorrats der zum Verkauf angekauften Waren statt, so wird dies mit Beschlagnahme der betreffenden Waren bestraft. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Waren fließt der Armenkasse des Standortes des Ausverkaufs zu.

— Daß eine neue Tabaksteueranlage von der Regierung in der nächsten Reichstagesession gemacht werden wird, glaubt der „Reichsbote“ als gewiß mitteilen zu können. Die Regierung werde dies noch vor Schluß der Session erklären.

Preussischer Landtag.

Berlin, 11. April. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Eisenbahnetats fort. Anlässlich der Petition eines Erfinders, einen Versuch mit eisernen Querwellen seiner Erfindung zu machen, erklärte Minister Thielen, es verhege kein Tag, ohne daß Angebote neuer Erfindungen im Eisenbahnetat eingingen. Bezüglich des Versuches mit Erfindungen im Oberbau müsse vorsichtig verfahren werden, weil es sich dabei um Leben und Gesundheit der Passagiere handle. Er könne also den Versuch nicht zulassen. Er empfehle dem Erfinder, sich an den Verband deutscher Eisenbahn-Verwaltungen zu wenden. Das Haus ging über diese, sowie über eine Reihe anderer Petitionen zur Tagesordnung über. Der Rest des Eisenbahnetats wurde unverändert genehmigt. Die zweite Lesung wurde unter Einfügung des Indemnitäts-Paragrapheu in das Etatsgesetz beendet. Ferner wurde ein Nachtrag zum Eisenbahnetat angenommen, unter dessen Zurechnung der Etat in zweiter Lesung balanciert mit 1936 Millionen, wobei der Anleihebedarf um 13 1/4 Millionen auf 56 1/2 Millionen herabgemindert wird.

Verliches.

Baugen, 12. April. [Kaufmännischer Verein.] In der gestrigen ordentlichen Generalversammlung wurde nach Genehmigung des Jahres- und Rechnungsberichtes für 1893/94 dem Vorstände Entlastung erteilt. Letzterer besteht für das nächste Vereinsjahr aus den Herren A. Eschenschner, R. Bier, E. Münch, M. Köpberg, A. Neubauer, G. Näther und R. Hartmann. Zum Schlusse wurde das bisherige Vorstandsmitglied Herr Hugo Schrott in Anbetracht seiner verdienstvollen Thätigkeit einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt.

Kirche und Schule, innere und äußere Mission.

Dresden, 10. April. In der heutigen Direktorialagung des Landesvereins für innere Mission wurden die Herren Geheimrat Dr. Bach, Professor an der Universität zu Leipzig, und Oberkonsistorialrat Lottichius zu Dresden in das Direktoratium gewählt. Zu demselben gehört auch weiter, nach seiner Uebernahme nach Zwickau, Herr Krethauptmann v. Welf. Leipzig, 11. April. Unser zum Geheimen Kirchenrat ernannter Herr Superintendent D. Pant hat den Ruf in ein preussisches hohes Kirchenamt dankend abgelehnt. Der Sonntag Misericordias Domini und der letzte Montag waren für den Verein evangelisch-lutherischer Gotteskasten im Königreich Sachsen und für die Chemnitzer Konferenz festliche Tage. Am Sonntag wurde in Lugau im Erz-

gebirge ein Gotteskastenfest gefeiert. Archidiakon Beyerh-Stollberg hielt die Predigt. In der Nachversammlung sprachen Pastor Kaiser-Aue über die Lage der Lutheraner im Reichslande Elb-Bohmen, Pastor emer. Dr. Zehme-Niederbühnig über die lutherische Kirche in Böhmen und Mähren und Ortspfarer Dr. Eckardt. Die Kollekte für den Gotteskasten betrug 100 Mk. Am Montag früh um 1/10 Uhr ab wurde im Carotahotel zu Chemnitz die Chemnitzer Konferenz abgehalten. Viele Geistliche, besonders aus dem Erzgebirge, der Leipziger und der Bornaer Gegend, hatten sich eingefunden. Nach einer in acht lutherischer Form gehaltenen Morgenandacht, in welcher der an Dr. Zehmes Stelle neugewählte Vorsitzende einen Rückblick auf die seit 1876 bestehende Konferenz warf und mit hoffnungsfreudigem Ausblick auf die Zukunft der lutherischen Kirche schloß, hielt Pastor Dr. Schentel-Gainsdorf, der verbindlichste Herausgeber des „Sächsischen Kirchen- und Schulblatts“, einen Vortrag über die „Kraft der lutherischen Kirche gegenüber Rom“. Der von acht lutherischer Jugendkraft getragene, begeisterte und begeisternde Vortrag stellt als einzig berechtigten Protest gegen Rom das Festhalten an der heiligen Schrift und den Bekenntnissen der lutherischen Kirche hin. Damit wir diesen Protest erheben können, bedürfen wir einer gläubigen theologischen Wissenschaft, einer Predigt, die von der Kraft unserer lutherischen Kirche getragen ist, und einer Katechismusbehandlung in Schule und Kirche nach der Weise Ahsfelds. Der gedankenreich und originelle Vortrag dürfte durch den Druck weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. In der sich anschließenden Besprechung wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß der Dom zu Meissen als dasjenige Gotteshaus, von dem aus das Christentum in Sachsen seinen Ausgang genommen hat, zur Parochialkirche umgewandelt und die äußerlich nötige Restauration desselben in Angriff genommen werden möchte, sodann, daß das hohe Kirchenregiment den Geistlichen ans Herz legen möchte, bei Aufgeboteu gemisfter Ehen den der lutherischen Kirche angehörenden Teil mit den die gemischten Ehen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, über die vielfach Unklarheit herrsche, bekannt zu machen. Mit Gebet und Gesang wurde die Versammlung geschlossen. — Nachmittags fand unter Leitung des Dr. Zehme die Generalversammlung des „Vereins evangelisch-lutherischer Gotteskasten im Königreich Sachsen“ statt. Die Einnahmen betragen im Jahre 1893 17 295 Mk. Darunter befinden sich drei Legate: Frau verw. Pastor Zeheber in Niederbühnig 300 Mk., Frau verw. Emilie Gerold in Waldenburg 250 Mk., aus Kosten gingen ohne Nennung des Gebers 2000 Mk. ein. Ein Legat aus Baugen ist angemeldet. Außerdem legte die verstorbenen Frau verw. Schöffler in Rabitz bei Dresden ihrer Universalerbin die Verpflichtung auf, an jedem Weihnachtsfeste dem Gotteskasten 5 Mk. zu schenken. Mehrere der abgeschafften Eisenbahnstationsglocken wurden für lutherische Betsäle in der Diaspora erworben, 100 Mk. wurden verwandt zur Verbreitung gut lutherischer Traktate in der Diaspora. Dieselben sind zu billigem Preise durch Dr. Zehme zu beziehen. Sie eignen sich besonders zur Circulation in Kirchenvorständen. Gräfin Wipthum in Niederbühnig schenkt an jedem Palmsonntag einen ziemlich neuen schwarzen Anzug für das Lutherthum in Königgrätz, in welchem die lutherischen Schüler dieser katholischen Stadt und ihrer Umgebung Religionsunterricht empfangen. In der reformierten Schweiz besteht seit kurzem eine lutherische Gemeinde in Zürich. Sie wird bedient durch einen ordinierten Mecklenburger Kandidaten Paulig. Nachdem der Unterstützungsplan für das Jahr 1894 genehmigt worden war, wurde die Versammlung geschlossen. Möchte durch Veranstaltung von Gotteskastenfesten hin und her im Lande der Eifer für dieses edle Werk in immer mehr Herzen unseres lutherischen Sachsenvolkes entzündet werden. Wer sich näher über die Gotteskastenfrage orientieren will, kann Berichte und Flugblätter durch den Schriftführer, Domprediger Kömer in Meissen, beziehen. (E. 3)

Berlin. Auf den Bericht einer Rgl. Regierung hat d. r. preussische Minister der Unterrichts- u. Angelegenheiten entschieden, daß jüdische Kinder, welche christliche Volksschulen besuchen, auf Antrag der Eltern oder deren Stellvertreter an den Sonnabenden und an den hohen jüdischen Feiertagen von dem Schulbesuch zu dispensieren sind. Daß die betreffenden Kinder Gelegenheit haben, jedesmal dem Synagogen-Gottesdienste beizuwohnen, sei nicht Vorbedingung der Dispensation.

Augsburg, 11. April. Nach der „Augsburger Post-Ztg.“ findet der deutsche Katholikentag im Jahre 1895 in München statt.

In Amerika werden jetzt Phonograph-Missionen stattfinden gehalten. Ein Missionar Morgan in Japan schickte eine Phonographwalze in einer Blechbüchse an den Pastor seiner Heimatgemeinde in Pittsburg in Pennsylvania. Die Gemeinde wurde versammelt, die „Walze“ losgelassen, und so konnte man einen Missionsvortrag von Missionar Morgan hören.

Sitzungen der I. Strafkammer des Rgl. Landgerichts.

Baugen, 11. April. 1) Der Handarbeiter Karl Heinrich Streller aus Woborn, 50 Jahre alt, einmal bestraft, durchstießte am 5. vor. Mis. bettelnd die hiesige Stadt, wobei er einem Bäckerlehrling aus einer unverschlossenen Kammer ein Paar Stiefel stahl. Das Urteil lautete wegen Rückfallsdiebstahls auf sechs Monate Gefängnis und fünfjährigen Ehrenrechtsverlust, wegen des Bettelns auf 1 Woche Haft. Die Unteruchungsakkt fand Anrechnung. 2) Der Tagearbeiter Johann Karl August Müller, im Jahre 1860 zu Dittmannsdorf geboren und gegenwärtig zur Verbüßung einer zehmonatigen Gefängnisstrafe wegen Rückfallsdiebstahls u. c. in der Strafanstalt zu Zwickau detiniert, verheiratete sich am 5. October 1890 in Grunau bei Ditzsch mit der Fabrikarbeiterin Herrmann. Kürzlich stellte es sich heraus, daß er bereits im Juli 1883 in Altwasser in Schles. mit einer gewissen Burghardt eine noch jetzt bestehende Ehe eingegangen hatte. Von seiner ersten Frau lebte er seit Jahren getrennt. Wegen Doppelsehe erfolgte heute seine Verurteilung zu einer Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängnis.

Kunst, Wissenschaft und Theater.

— Aus Dresden wird das in der Nacht zum 11. d. erfolgte Hinscheiden des Baurats, Professor Konstantin Lippius gemeldet. Er war der Erbauer des prächtigen Kunstakademie-Gebäudes an der Brühlischen Terrasse, dessen bevorstehende Vollendung zu erleben ihm jedoch nicht mehr vergönnt ist. (Prof. Johannes

Wilhelm Konstantin Lippius, ein älterer Bruder des Leipziger Universitätsprofessors Geh. Hofrats Dr. Justus Hermann Lippius und der unter dem Namen La Mara bekannten Musikchriftstellerin Frau. Marie Lippius, war als Sohn des verdienten Schulmanns und Pädagogen Karl Heinrich Lippius am 20. October 1832 in Leipzig geboren, besuchte hier die Kunstakademie und Baugewerkschule, darauf [1851—1854] die Dresdener Akademie, unternahm dann größere Reisen und hat sich nach dieser Zeit, als ein Anhänger der Renaissance, durch eine Reihe von Bauten und dekorativen Arbeiten in Leipzig und außerhalb desselben rühmlich bekannt gemacht. Nach Vollendung des Baues des Leipziger neuen Johannis-Hospitals im Jahre 1872 ward er zum Königl. sächsischen Baurat, 1876 zum Direktor der Leipziger Baugewerkschule ernannt. Seit 1881 aber ist er als Professor der Baukunst an der Kunstakademie zu Dresden thätig gewesen. Von seinen neueren Arbeiten ist besonders der gemeinsam mit Hartel ausgeführte Bau der neuen Leipziger Peterskirche, von seinen Schriften eine Biographie Gottfried Sempers erwähnenswert.)

[Notizen.] Der Zwickauer Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung gedenkt gegen Ende August Dr. Otto Deorients historisches Charakterbild „Gustav Adolf“ zur Aufführung zu bringen. — Der Maler Paul Meyerheim in Berlin hat sich einer Augenoperation unterziehen müssen, die wenigstens zum Teil Erfolg gehabt hat. — Der 73jährige Dichter Ludwig Pfau in Stuttgart ist am Sonnabend von einem Schlaganfall betroffen worden. — Im Säulenhofe des österreichischen Museums für Kunstgewerbe zu Wien sind jetzt die 39 Entwürfe für das Bauernfeld-Grabbenkmal öffentlich aufgestellt. — Der Direktor des Königl. Theaters in Lüttich, Fabre, hat schon seit Monaten seinen armen Mitgliedern keine Sagen mehr bezahlen können. — Bei Langendiebach unweit Hanau ist ein Römerkastell von 70 Meter Länge und 56 Meter Breite bloßgelegt worden, es wurden Münzen, Waffen und Gefäßreste gefunden. — Der Voranschlag für 1894/95 beträgt 61723 Mk., wovon die Stadtverordnetenversammlung einen Zuschuß aus der Stadtkasse in der Höhe von 14000 Mark genehmigte. — Am 1. März ist der neue im griechischen Stil errichtete Palast in Madrid eröffnet worden, der fortan der spanischen Akademie als Heim dienen soll. (E. 3)

Zwei neue Kometen sind in jüngster Zeit entdeckt worden. Den einen, der 55 Grad südlich vom Aequator steht, so daß er in unseren Breiten nicht zu sehen ist, fand Professor Gale in Sydney am 3. d. im Sternbild Cranaus als rundes Scheibchen, ohne Schwanz, doch ziemlich hell. Seine Bewegung ist nach Osten gerichtet, über die Größe desselben fehlen indessen noch weitere Angaben. — Ein anderer von Deming am 26. März entdeckter Komet hat nach der Berechnung von Schulhof in Paris am 13. Februar seine Sonnennähe passiert und scheint periodisch zu sein, die Dauer seiner Beobachtung ist indessen noch zu kurz, um eine genaue Bahnbestimmung zu gestat. n. Der Komet bewegt sich südlich und wird voraussichtlich ziemlich nahe bei dem Sterne dritter Größe Delta im großen Löwen vorbeiziehen. Inzwischen ist er vielfach beobachtet worden, seine Helligkeit ist indessen schon im Abnehmen begriffen, sodaß er wohl nicht mehr lange wird verfolgt werden können. Auf der Berliner Sternwarte wurde er am 27. März als schwacher Nebel von nicht ganz einer Bogenminute Durchmesser mit centraler Verdichtung gesehen, seine Helligkeit wurde gleich der eines Sternes 13. Größe geschätzt. Nach den Hamburger und Kieler Beobachtungen war die Helligkeit etwas größer, etwa 11. Größe. — auch hier wurde ein schwacher Kern gesehen und ein Koma, die von dem Hamburger Beobachter „fächerförmig“ genannt wird, während in Kiel die Koma oval erschien. Auch in Kopenhagen wurde ein fächerförmiger Schweif beobachtet, der sich in einer Länge von 2 Bogenminuten nach Süden erstreckte. Von der Sternwarte München wird der Komet als „gut sichtbar, 2 Bogenminuten Durchmesser, granuliert ohne bestimmten Kern-Schweifanfang“ beschrieben, während Pulkowa meldet, daß der Komet einen sternartigen Kern etwa 11. Größe habe, dem sich südlich eine ziemlich helle Nebelmasse anschließt.

Baugen, 12. April. Zum Schluß der Saison hatte Herr Direktor Hansing noch eine vortreffliche Darstellerin aus Dresden zu einem Gastspielabend gewonnen, die Posschauspielerin Fräulein Charlotte Basts; zur Aufführung gelangte das vieraktige neuere Lustspiel von Adolf Wilbrandt: „Der Unterstaatssekretär“. Um es gleich zu sagen: Es hat uns bitter leid gethan, daß dieser letzte Theaterabend, das gute Lustspiel und namentlich die vorzüglichsten Leistungen des Fräulein Basts und des Herrn Fischer so schwer leiden mußten unter der — Nachlässigkeit des Herrn Rasch. Was könnte dieser Herr aus sich machen, wenn er mit seiner vorteilhaften Bühnenercheinung zugleich das ordentliche Studium seiner Rollen verbände; gestern schien er überhaupt nur eine Scene, seine große, gelernt zu haben. Daß er einige Male sein Stichwort verpaßte, und einmal sogar von Fr. Basts thatsächlich aus den Coullissen hervorgeholt werden mußte, verlangt strengere Rüge. Wenn solche Sachen Dilettanten passieren auf Liebhaberbühnen, so dient das zur Erheiterung der Gesellschaft; hier, wo das Publikum für sein Geld (und gestern sogar erhöhte Preise) etwas Ordentliches verlangen kann, muß energisch dagegen protestiert werden. Außerdem litt die Aufführung darunter, daß die richtigen Kräfte, wohl durch Abgang der Mitglieder, fehlten und dadurch zum Teil die Partien unrichtig oder durch neue ungeübte Personen besetzt waren. Der Willigkeit halber sei noch erwähnt, daß Fräulein Eckert in ihrer leider nur kleinen Rolle und auch Herr Siedentopf ihren Aufgaben voll gerecht wurden. O. V.

Bermischtes.

Leipzig, 11. April. Heute vormittag hat im Kellergehöf des Hotels Hauße und zwar in dem Raume, in dem das Reisegepäck der im Hotel Einkehrenden aufbewahrt zu werden pflegt, eine heftige Gasexplosion stattgefunden, die mit beträchtlichen Beschädigungen verknüpft gewesen ist. Leider ist dabei auch ein Hausbursche ziemlich schwer verletzt worden und außerdem hat ein Kellner Schaden an seinem Körper erlitten, der ihn jedoch nicht verhindert, seinen Dienst im Hotel weiter zu versehen. Im Explosionsraume sind die

Decke und die Hände arg mitgenommen, die Fenster zerbrach und Glasstücken sind bis zu den gegenüber gelegenen Häusern geschleudert worden. Schaden erlitt ferner das Pferd eines im Augenblick der Explosion vorüberfahrenden Kollageschirres. Der Grund des Ereignisses liegt wahrcheinlich darin, daß in dem betreffenden Raume durch unbemerktes Ausströmen sich Gas angesammelt hatte, das durch irgend welchen Zufall in Brand geriet.

Berlin, 11. April. Die kombinierte Schwadron des 1. Garde-Drägerregiments, die bei den Coburger Hochzeiten feierlich feierten als Ehrenwache für die Königin Viktoria von England dienen soll, die bekanntlich Chef des Regiments ist, verläßt am Sonntag mit der Eisenbahn Berlin. Etwa drei Wochen wird sie fortbleiben, da die Rückkehr zu Pferde erfolgen soll.

Berlin, 11. April. Der Ein- und Ausbrecher Adolf Krüger ist noch gestern nachmittags vom Anhalter Bahnhof nach Dresden zurückgeführt worden. Seine Arme waren über's Kreuz gefesselt. Die beiden Begleiter besiegten sofort mit ihm den Zug und schlossen die Fenster. Zum Abschied hatte sich auch seine Braut, die Kellnerin Wehlmann, eingefunden, die sich dem Verbrecher zu nähern augenscheinlich bemüht war, ihren Zweck aber nicht erreichte.

Einer deutschen Studienkommission, welcher Professor Möbius aus Berlin, Geschäftsinhaber Weinrich aus Jussur und Ministerialrat Semper aus Berlin angehören, hat, nach einer Pariser Meldung der „Köln. Ztg.“, das französische Marineministerium die Erlaubnis erteilt, die Austerndämme und die Einrichtungen für Austerzucht von Arcaçon zu besuchen.

Stettin, 10. April. Verunglückt ist der Setonde-Lieutenant im 1. Brandenburgischen Dragonerregiment Nr. 2 in Schwedt, Albert v. Gohler, ein Neffe des Oberpräsidenten von Westpreußen, 23 Jahre alt. Der junge Offizier unternahm einen Spazierritt durch den Wald bei Schwedt. Er bemerkte eine durch den Sturm im Februar entwurzelte Fichte, die gegen andere Bäume lehnte und dadurch am gänzlichen Umfallen gehindert worden war. Er beschloß mit dem Pferde über den Stamm hinweg zu setzen, kam jedoch bei dem ersten Anlauf nicht zum Ziele. Als er dann dem Pferde die Sporen in die Seiten drückte, um es zum Reberspringen des Stammes zu zwingen, wurde das Tier wild und lief durch die Öffnung, die der anlehende Baum bot. Hierbei rief der Reiter mit solcher Gewalt gegen den gestürzten Baum, daß ihm der Brustkasten zerschmettert wurde. Man fand den Schwerverletzten besinnungslos auf und brachte ihn nach dem Garnisonlazarett in Schwedt, wo er nach kurzer Zeit verstarb.

Infolge eines Steinrutschs stürzte am Mittwoch in Königsberg i. Pr. das Gerüst bei der Fundamentierung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. ein. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei andere wurden schwer verletzt.

Ein heftiger Zwischenfall ereignete sich jüngst auf der Stargard-Küstriner Eisenbahn. Zwischen Stargard i. P. und Pyritz befindet sich an einem Wege, welcher die Bahn kreuzt, der Haltspunkt Rischow. Derselbe wird durch eine dort stehende Tafel gekennzeichnet, auf welcher die Fahrpreise verzeichnet stehen. Die Züge halten hier nur nach Bedarf. Dieser Tage stand dort ein Bäuerlein an dem Bahndamm und winkte aus Leibeskraften dem heranbrausenden Zuge entgegen. Der Zug hielt. „Einsteigen!“ — Das Bäuerlein zauderte. „Ne, mitfahren will ich nicht; ich will zu man bloß seggen, dat Si morgen um des Lid anholn sijn; min Fru will morgen na d' Stadt jöhrn.“ — Sprach und ging seiner Wege, während die Bahnbeamten ihm einige Schmeicheleien nachriefen.

Siegen, 11. April. Auf dem Bauerngute Eichen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Besitzer war mit seiner Frau und seinem Dienstpersonal nach einem anderen Orte gefahren und hatte seine drei Kinder allein zurückgelassen. Während der Abwesenheit der Erwachsenen brannte das Haus ab. Als die Eltern nach Hause kamen, waren zwei Kinder bereits an den erlittenen Wunden, die sie sich durch den Brand zugezogen hatten, gestorben. Das dritte trafen sie noch lebend vor, es starb jedoch, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben. Außer den Kindern, die jedenfalls unvorsichtigerweise das Feuer angezündet haben, verbrannten auch mehrere Tiere.

Der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, traf am 12. März, von Ägypten kommend, in Beirut ein und setzte tags darauf seine Reise zu Wagen nach Baalbet und Damaskus fort. Die Reise nach Jerusalem wurde von Damaskus aus zu Lande angetreten, wobei die erst vor kurzem fertiggestellte und dem öffentlichen Verkehr noch nicht übergebene 100 Kilometer lange Dampferbahn, welche Damaskus mit Merib im Hauran verbindet, benutzt wurde. Von Merib aus setzte der Herzog die Reise durch die transjordanische Landschaft Abshlan, und nach Ueber-schreitung des Jordan bei Beisan, durch Gallida und Samarien zu Pferde fort und traf am Abend des 20. März in Jerusalem ein. Während seines Rittes durch das heilige Land war der Herzog von einer Eskorte von fünf türkischen Polizeisoldaten begleitet. Die Osterfeiertage hat der Herzog in Jerusalem verlebt und sich am 2. April in Saffa wieder nach Ägypten eingeschifft. Auf der Rückreise nach Deutschland gedenkt er, nach der „Nordd. Allg. Ztg.“, seiner Schwester in Abbazia einen Besuch abzustatten.

Der Ballon „Phönix“ ist nach einer interessanten Nachtfahrt unter Führung des Premierlieutenants Groß Mittwoch früh 8½ Uhr zwischen Heide und Tönning in Holstein glatt gelandet.

Mailand, 11. April. Vor dem hiesigen Gericht endigte heute der Sensationsprozeß gegen 47 Personen, die wegen jahrelangen Schmuggels an der italienisch-schweizerischen Grenze angeklagt waren. Das Gericht sprach 32 Angeklagte frei und verurteilte 7 zu Gefängnisstrafen von 3 bis 45 Monaten und zu Geldstrafen von 5000 bis 93000 Lire, sowie 8 andere zu 500 bis 10000 Lire Geldstrafe.

[Verkannte Prinzen.] Als in Florenz die Ankunft der Königin Viktoria von England erwartet wurde, fanden sich mehrere Würdenträger und mehrere Journalisten zum Empfang ein. Ein Herr, der offenbar, seinem einfachen Anzuge nach zu schließen, zu den Herren von der Feder gehörte, mischte sich unbesungen unter die Würdenträger, die ihn mit schreien Augen ansahen. Der Stationsvorstand merkte das, ging auf den Fremden zu und sagte: „Sch bitte, wollen Sie sich nicht so vordrängen. Sie sehen von dort genug.“ „Bitte, bitte, mit Vergnügen!“ war die Antwort. Welch verdußte Gesichter aber

machten die hohen Herren, als der Zug einfuhr, Königin Viktoria ausstieg und, einen prüfenden Blick über die Anwesenden werfend, dem Gemahlgeliebten die Hand mit den Worten entgegenstreckte: „Ah, da bist du ja, es ist schön, daß du da bist.“ und die Herren alle dem Fremden vorstellte, der kein anderer war als der Herzog von Sachsen-Meiningen, von dessen Anwesenheit in Florenz keine Seele eine Ahnung hatte. — Noch hübscher ist die Geschichte von der Verhaftung des Prinzen von Baden, für deren Richtigkeit die „Gazette Piemontese“ eintreten zu können behauptet. Bei der Auffahrt zur Garben-Party im Quirinal wurde dem Prinzen das Warten zu lange. Er stieg aus und ging zu Fuß in den Palast. Hier hielt der Portier den Prinzen an und verweigerte ihm den Zutritt. Der Prinz, der nicht Italienisch verstand, gab eine deutsche Antwort, die wieder der Portier nicht verstand und ging weiter. Das war verdächtig. Ein Wink — und zwei Garabinieri bemächtigten sich des Prinzen und führten ihn zum Kommissar; dieser gab Befehl, den Verdächtigen zur Präsektur zu führen, als einer der Eingeladenen den Prinzen erkannte und dessen Identität feststellte. Zehn Minuten später wurden Portier und Garabinieri zum König berufen. Angstvoll leisteten sie Folge, auf das Schrecklichste gefaßt. Wer schildert aber ihre Freude, als der König sie lächelnden Mundes für ihre Wachsamkeit belobt und der verhaftete Prinz jedem von ihnen ein namhaftes Geldgeschenk in die Hand drückt!

Antwerpen, 11. April. In Boom fanden in der letzten Nacht fünf Brände statt. Man glaubt, daß dieselben von streikenden Ziegelarbeitern angelegt worden sind. 75 Gebäuden sind an Ort und Stelle gesandt worden. Der Bürgermeister von Boom hat Ansammlungen von mehr als 10 Personen unterjagt.

Paris, 10. April. In Bessèges wurde in den Hüttenwerken ein Arbeiter Namens Sabatter von einer in vollem Gange begriffenen Walzmaschine ergriffen und zermalmt. Sein Gehirne kam mit einer schweren Verletzung am Bein davon.

London, 10. April. Ein großer Fischereidampfer ist auf der Rückreise von Island an der Küste von Norfjörde gestrandet. Mit großer Mühe gelang es, den Kapitän und 4 Mann zu retten. Der Rest der Besatzung ist ertrunken.

In den Docks zu Liverpool brannte kürzlich eine Masse von Heu, Holz und anderen entzündbaren Stoffen nieder. Das Feuer, vom Winde angefaßt, ergriff den neuen Dampfer „Bladrod“, eines der größten Schiffe, die zwischen Liverpool und Dublin fahren. Der Dampfer verbrannte bis auf den Wasserspiegel. Ein Belfast Dampfer und ein russischer Schoner wurden von den Flammen ziemlich beschädigt.

Stockholm, 11. April. Der Stettiner Dampfer „Magdeburg“ ist vor der Insel Sandham auf Grund geliegen und gesunken. Die Vergungsgesellschaft hat die Rettung des Dampfers aufgegeben.

Von einem Erdbeben wurde die bedeutende Stadt Afsu in Chinesisch-Turkestan am 24., 25. und 26. Dezember heimgesucht. Viele Häuser stürzten ein und der Verlust an Menschenleben soll bedeutend sein.

Ueber ein Grubenunglück in China berichtet der „Nassaf. Lloyd“: Einer Nachricht aus Schangschau (Provinz Schantung) zufolge wurden die dortigen Kohlenminen am 21. Februar plötzlich überschwemmt und 450 Bergleute ertranken.

New-York. Bekanntlich bestand die Absicht, das Wrack des in letzter Zeit vielgenannten amerikanischen Kriegsschiffes „Kearsage“, das auf den Roncador-Riffen strandete, zu bergen, zu welchem Zweck der Kongreß eine Summe von 450000 Dollars bewilligte. Der zur Flottnachung des Schiffes entsandte Dampfer „Drion“ fand aber, als er bei den Roncador-Riffen ankam, daß das unbewacht gebliebene Kriegsschiff mittlerweile von Strandräubern ausgeplündert und in Brand gesetzt worden war. Der „Drion“ mußte demnach unverrichteter Dinge zurückkehren. — Kürzlich kam man im Marinedepartement der Vereinigten Staaten ziemlich umfangreichen Betrügereien auf die Spur, welche in den Werken der Carnegie Steel Co. in Homestead bei Pittsburg bei der Ablieferung von Panzerplatten für die Marine begangen wurden. Die Untersuchungen ergaben, daß bei der Prüfung und bei der Uebergabe der Panzerplatten mancherlei Unregelmäßigkeiten unterliefen, so wurden z. B. Gußplatten in den Platten künstlich verformt und minderwertige Platten eingeschmuggelt. Auch erwiesen sich die Angaben, die den Regierungen-Inspektoren über die Dauer der Blüfung zu machen sind, als gefälscht. Die Anzeige geschah von drei Angestellten der Carnegie-Werke. Letztere wurden verurteilt, an die Bundesregierung 145000 Dollars zurückzuerbürgen. Von diesem Betrage hat die Regierung 25 Prozent, also 35000 Doll., an die drei Arbeiter zu zahlen, deren Angaben zur Aufdeckung der Schwindelthaten führten.

Ueber die Schicksale eines Päckchens, welches 200000 Dollars enthielt, schreibt ein amerikanisches Blatt folgendes: Der Millionär Tome aus Drford in Pennsylvania kehrte aus Washington, wo er Schatzobligationen verkauft hatte, nach Hause zurück. Er hatte rund 200000 Dollars eingenommen und setzte sich in einen Schnellzug der Bahn „Baltimore und Drford“. Das Päckchen mit den 200000 Dollars hielt er in der Hand. Um die Zeitung zu lesen, die er in der Bahnhofshalle gekauft hatte, legte Tom später das Päckchen neben sich auf den Divan des Wagens erster Klasse, in welchem er reiste. Als der Zug nach Drford kam, stieg der Millionär aus und entfernte sich, ohne an das Päckchen zu denken, das er im Wagen zurückgelassen hatte. Er erinnerte sich erst daran, als er bereits zu Hause war. Auf der Station Drford hatten unterdessen in dem von Tome verlassenen Coupe mehrere junge Muster Plaz genommen, welche das Päckchen fanden und in der Meinung, daß es zusammengeworfenes „Stullenpapier“ sei, dasselbe scherzend hin- und herwarfen, bis es auf dem Fußboden liegen blieb. Nachdem sie den Zug verlassen hatten, wurde das kostbare Päckchen von einem Schaffner bemerkt; auch er wußte und ahnte nicht, was es enthalte. Er nahm es auf und warf es in einen im Güterwagen stehenden Papierkorb, wo es bis zur Station Nottingham verblieb. Erst hier wurde das Zugpersonal durch ein Telegramm des Millionärs Tome darauf aufmerksam gemacht, daß das Päckchen ein schönes Vermögen enthalte. Tags darauf traf Tome persönlich in Nottingham ein und kehrte im Besitze seiner 200000 Dollars fröhlich und guter Dinge nach Drford zurück, denn 800000 Mark verliert man nicht gern, selbst wenn man ein Millionär ist.

Die Feuersbrunst, welche neulich nachts im Davidson-Theater in Milwaukee ausbrach, hatte furchtbare Folgen.

Die Feuerwehr glaubte schon, daß sie das Feuer bewältigen hätte, als das 80 Fuß hohe Dach des Theaters einstürzte. 20 Feuerwehrleute wurden in die Tiefe geschleudert, 6 bis 8 von den Unglücklichen wurden mit Lebensgefahr aus dem Trümmern hervorgezogen. Aber mindestens 10 fanden ihren Tod in den Flammen. Ein Feuerwehrmann wurde vor den Augen seiner Kollegen unter den brennenden Holzmassen begraben. Die Feuerwehr ließ es nicht an Wasser fehlen, doch dauerte es fast zwei Stunden, bevor der Arme aus den Holzhallen befreit war. Er wurde in das Hospital geschafft. Die Anwesenheit des benachbarten Davidson-Hotels liefen in ihrer Nachtleidung auf die Straße. Dennoch ist kein Verlust eines Menschenlebens in dem Gasthause zu beklagen. Der Schaden beläuft sich auf 4 Mill. Mk.

[Inseratenkomit.] Ein Dienstmädchen, das sich zum Verkauf eignet, wird gesucht. — Der Verkauf meiner seligen Frau auf dem Wochenmarke hat seinen ungesüßten Fortgang. — Fünf Gulden Belohnung. „Abhanden gekommen ist eine schöne Cypernlage, Eigentum der Frau Kriegsrätin Katharina K., die zuletzt auf den Dächern der Nikolaistraße gesehen worden und vermutlich in einen Schornstein gefallen ist. Die Eigentümerin sichert dem Wiederbringer obige Belohnung. Sie hat weiße Pfoten, braunen Rücken und zeichnet sich durch ein sehr dickes Fell aus.“

Litterarisches.

In der Cotta'schen Bibliothek der Belletristik beginnt jetzt eine Auswahl von G. E. A. Hoffmanns Werken zu erscheinen, welche die besten und noch heute lebendig wirkenden Erzählungen dieses eigenartigen Dichters enthalten soll. Der vorliegende erste Band bringt zunächst eine ausführliche Einleitung von Dr. Joseph Lautenbacher, in welcher Hoffmanns Leben und Schriften ausführlich besprochen werden; dann enthält der Band drei Märchen: „Der goldene Topf“, „Rufknacker und Mausfeldniq“ und „Klein-Zoeses, genannt Zinn-ober“. Der zweite und dritte Band werden eine Reihe kleiner Novellen, darunter „Ritter Gluck“, „Das Majorat“, „Der Artushof“, „Das Fräulein von Scudery“, „Doqe und Dogaraffe“, der vierte Band Hoffmanns Hauptwerk „Lebensansichten des Katers Murr“ bringen. Die Ausstattung ist die beste und der Cotta'schen Bibliothek der Belletristik. (S. G. Cotta Nachfolger, Stuttgart; 4 Bände, in Leinwand geb., 1 Mk.)

Zur Arbeiterbewegung.

Aus Zürich berichtet der Berner „Bund“ zur dortigen Lohnbewegung der Arbeiter: Eine zahlreiche Schuster-gesellen-Versammlung nahm am Sonntag den vom Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes in Verbindung mit den Meistern und dem Fachverein ausgearbeiteten Lohnvertrag an. Sollte indessen die zweite Forderung, welche die Selbstbeschäftigung betrifft, von den Meistern nicht angenommen werden, so wird für den 16. April ein Ausstand in Aussicht genommen. — Eine große Handlarer-Versammlung beschloß ebenfalls, in die Lohnbewegung einzutreten. Als Hauptforderungen werden aufgestellt: zehnständige Arbeit und 40 Cts. Minimalstundenlohn. Eine spätere Versammlung hat über einen etwaigen Ausstand zu beschließen. 600 Schreiner-gesellen beschloßen, am 16. April die Arbeit niederzulegen. Dieser Ausstand droht besonders hartnäckig zu werden, da die Gesellen über bedeutende Mittel verfügen sollen.

New-York, 10. April. Wie aus Uniontown (Pennsylvanien) gemeldet wird, wollen etwa 10000 Ausständische in die Gegend der Colesbrennereien gehen, um die Arbeit zu verhindern.

Volkswirtschaftliches.

Kamenz, 10. April. (R. W.) Die Vorarbeiten für die Subiläums-Gewerbe- und Industrie-Ausstellung, welche in diesem Sommer hier selbst abgehalten werden wird, sind mit Energie gefördert worden, und es kann bestimmt gehofft werden, daß die Ausstellung am 14. Juni, dem Eröffnungstage, ein vollständig fertiges Bild gewähren wird. Erfreulicherweise hat der Plan der Ausstellung in den beteiligten Kreisen den lebhaftesten Anklang gefunden. Von allen Seiten sind die Anmeldungen in großer Zahl eingegangen, und da auch unsere städtischen Behörden das Unternehmen nach Kräften unterstützen und zu fördern suchen, so ist nicht daran zu zweifeln, daß die Ausstellung allen Besuchern ein vollständiges, unseren Verhältnissen entsprechendes und durch die Mannigfaltigkeit der ausgestellten Gegenstände imponierendes Bild unserer Industrie bieten und dadurch der letzteren selbst wieder von reichem Nutzen sein wird. Bemerkenswert ist schon, daß der Ausstellungsplatz in unmittelbarer Nähe der Stadt (Albertplatz) vorteilhaft gelegen ist und für den Zweck, dem er dienen soll, in der möglichst gefälligen und geschicktesten Weise hergerichtet werden wird.

Leipzig, 11. April. Die Leipziger Ortskrankenkasse, deren Einrichtungen vielfach als musterhaft anerkannt werden, hatte nach einer jüngst erfolgten Zusammenstellung im vergangenen Jahre 66085 männliche und 18567 weibliche Mitglieder.

Berlin, 11. April. In Ergänzung des Berichts über den gestrigen zweiten und letzten Verhandlungstag, bezw. die Nachmittags-Sitzung des „Deutschen Innungs- und Handwerker-tages“ ist noch zu melden: Der Zusatz zu dem angenommenen § 16: „die Aufsichtsbehörde ist verpflichtet, gegen die unbefugte Führung des Meister-titels einzuschreiten“, wurde auf Antrag des Schneidemeisters Faschauer-Köln hinzugefügt. Bei der Beratung über § 17 stellte der Innungsverband des Regierungsbezirks Oepeln den Antrag, das aktive Wahlrecht der Gesellen für den Gesellenauschuß nicht von der Erreichung des 21. Lebensjahres, sondern von dem Bestehen seiner Gesellenprüfung abhängig zu machen. Jeder Geselle sei vollberechtigt ohne Rücksicht auf sein Alter. — Müller-Dortmund unterstützte, Hoff-Hamburg bekämpfte den Antrag, welcher abgelehnt wurde. — § 17 wurde in der Fassung der Kommission angenommen. — In der Nachmittags-Sitzung erschienen noch viele Abgeordnete vom Reichstag und Landtag. Der Vorsitzende Viehl begrüßte jedesmal die Herren, erklärte sich aber auf Betragen außerstande, die Zahl der Herren anzugeben. Es sei aber hoch erfreulich, daß sich so viele Herren vom Parlament hier eingefunden haben, und diese Thatfache sei ein Beweis, daß die Interessen des Handwerks sich auch in den gesetzgebenden Kreisen mehr und mehr geltend machen und daß die Bestrebungen der Innungen dem Siege entgegengehen. (Lebhafter Beifall.) Sodann nahm das Wort Abg. Dr. Diebrich-Hahn: Der Umstand, daß eine große Anzahl von Abgeordneten erschienen ist, berechtigt Sie durchaus, die Schlußzeile zu ziehen, die der Herr Vorredner gezogen hat. Es ist gar keine Frage, daß Reichstag und Abgeordnetenhaus in ihrer jetzigen Zusammenfassung der Handwerkerbewegung ein höheres und viel eindringenderes Verständnis entgegenbringen, als in der vorigen Periode. Als fraktionsloses Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses bin ich der Ueberzeugung, daß beide Häuser mehr und mehr die Wichtigkeit der Regelung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse erkannt haben, nachdem die politischen festgelegt sind. Bismarck hat das oft ausgesprochen. Es ist hoch an

der Zeit, sich mit Fragen, Erfindung- und sozialen Fragen zu beschäftigen. . . . Die Worte des Herrn v. Ploeg haben gezeigt, daß die Handwerker auch bei der Landwirtschaft volles Verständnis ihrer Bestrebungen gefunden haben. Gestügt darauf, haben Sie Aussicht zu erlangen, was Sie erstreben. Gerade das Moment der Organisation ist es, das dem Handwerk seine Blüte vergangener Zeiten wieder gewinnen soll. Das Verhältnis zwischen Meister und Geselle wird wieder enger werden, wie es naturgemäß enger ist, als das des Arbeiters zum Fabrikherrn. Wenn das Handwerk fest zusammensteht, hat es keinen Kampf zu fürchten. Verbreiten Sie diese Gedanken, daß wir heute, wo es sich um Sieg oder Untergang des Handwerks handelt, nicht schlafen dürfen. Dann können wir mit bedeutender Macht auftreten und den Parlamenten gleichsam unsere Befehle diktieren. (Auf: Wählt Handwerker.) Seien Sie auch vorsichtig „guten Freunden“ gegenüber und glauben Sie nicht an den schönen Worten. Wählen Sie möglichst Vertreter aus Ihrer Mitte! Dann haben Sie die besten Vertreter! (Stürmischer Beifall.) — Landtagsabgeordneter Dehnbomierat v. Mendel (Stenograf): Das Handwerk ist entstanden, als das Deutsche Reich in vergangenen Zeiten in voller Blüte stand. Auf dem Handwerkerstand hat sich die Macht des Reiches aufgebaut und auch in der heutigen Zeit sind die Handwerker die Träger des Deutschen Reiches Macht und seiner Kraft. Ihre Söhne waren es in überwiegender Mehrzahl, die auf den Schlachtfeldern Deutschlands Größe erlangt haben. Gerade die ethische Seite der Handwerkerfrage möchte ich hervorheben. Auch aus ethischen Gründen fühlen wir Konservative die Verpflichtung, für das Handwerk einzutreten, besonders weil wir als Vertreter der Landwirtschaft unter den gleichen Umständen leiden. Im Reichstag sind Worte gefallen, die uns fast verleben lassen, daß aber uns zur Tagesordnung übergegangen werden soll. Das ist unbillig. Es wird kein Deutschland sein, wenn einmal kein Mittelstand mehr sein wird. Wir wollen nicht mit England tauschen der Tausch würde bedeuten: Verschwinden des Bauern- und Handwerkerstandes. Wir brauchen einen mächtigen Schulwall in der Zeit des Umsturzes, der Thron und Altar stützen und egoistisch im Irdischen sitzen will. Dieser Wall ist das Handwerk. (Beifall.) Darum der Haß gegen dasselbe! Wenn wir hinblicken nach Belgien und Osn, so wissen wir, daß man bei Gelegenheit unser einiges Deutschland zerstören will, trotzdem man jetzt noch Friedensschalmeien bläst. Handwerker und Landwirte müssen mehr und mehr Fühlung suchen; wir müssen mehr und mehr empfinden, daß unsere Interessen gemeinsam sind, wir müssen dahin streben, daß wir gemeinsam die politische Arena betreten. Streben wir einem gemeinsamen, praktischen, festen, wirtschaftlichen Ziel zu und lassen Sie uns unsere Arbeit treiben in der wahren Liebe zum Vaterlande und in der Lieberzeugung, daß Landwirtschaft und Handwerk zusammen gehören. (Lebhafter Beifall.) — Reichstagsabgeordneter v. Biereff warnte die Handwerker vor einer überlanggedachten Nullifizität, welche von den Feinden des Handwerks gewünscht und benutzt würde. Auch bei der Landwirtschaft rechneten sie nach Annahme des russischen Handelsvertrages auf eine solche Nullifizität, aber sie haben sich gründlich geirrt. (Beifall.) Der Handelsvertrag hat neuen Wind in die Segel der Landwirtschaft gebracht. Auch für das deutsche Handwerk weht ein neuer Wind. Ihre Bestrebungen fassen überall festen Fuß. Lassen Sie uns Seite an Seite arbeiten und kämpfen. (Lebhafter Beifall.) — Abgeordneter Kammerherr von Rippenhausen (Erangen): Die konservative Partei hat es jeder Zeit versucht, das Wort wahr zu machen: „Handwerk hat goldenen Boden.“ Wenn es so weiter geht wie jetzt, wenn auf der einen Seite die Lebermacht des Kapitals, auf der anderen Seite die Umsturzmächte weiter an Boden gewinnen, dann muß schließlich zwischen beiden der Mittelstand in Stadt und Land zerrieben werden. Bleiben wir aber treu unserem Ziel, dann werden wieder bessere Zeiten und gesündere Zustände eintreten für das ethische deutsche Handwerk. — Zweifler Fischer-Berlin zur Geschäftsordnung: Meine Herren! Ich finde es wunderbar, wenn in einer solchen Versammlung Höflichkeit geübt wird. Ich habe mit Freuden in die Begrüßung der Herren Abgeordneten eingestimmt; wenn wir aber so fortjagen und jedem Abgeordneten das Wort geben, damit er im Interesse seiner Partei . . . (Dho! Lebhafter Widerspruch. Stürmische Schlußrufe.) Herr Fischer tritt ab. — Die Beratung nahm ihren Fortgang. Bei 19, die Zuständigkeit des Gesellenauswusses bei Gesellenprüfungen, dessen Beteiligung an der Beschäftigung der Innungen u. a. betr., stellt Boß-Hamburg den Antrag, den Passus zu ändern: „Kommt ein Beschluß (der Innungen über Einrichtungen des Gesellenstandes) gegen die Stimmen seiner sämtlichen Mitglieder zustande, so kann der Gesellenauswuchs die Entscheidung der Handwerkerkammer beantragen.“ Dieser Antrag wurde angenommen. Im übrigen wurden alle Gegenentschlüsse des Centralauswusses, die ja meist mit denen des Ministers konform sind, ohne Änderungen genehmigt, soweit sie sich auf die Handwerkerkammer beziehen, ebenso die auf die Korporationsrechte, die Stellung der Innungen, die Innungsausschüsse, die Innungsverbände und die Annahme der bestehenden Gewerbeämtern in Handwerkerkammern bezüglichen Bestimmungen. (20 bis 33.) Ein Antrag, als § 34 eine Strafbestimmung einzufügen, wurde abgelehnt. Es folgte: B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk. Beugnisse zum Halten und Ausbilden von Lehrlingen. 1. Die Beugnisse, Lehrlinge zu halten oder auszubilden, steht solchen Personen nicht zu, welche 1) sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, oder 2) infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind. 11. Die Beugnisse zur Auszubildung von Lehrlingen steht nur denjenigen Personen zu, welche 1) das 24. Lebensjahr vollendet und 2) in dem Handwerk, in dem die Auszubildung der Lehrlinge erfolgen soll, oder in einem gleichartigen Fabrikbetriebe eine ordnungsmäßige Lehrzeit zurückgelegt und im Anschluß daran eine Gesellen- und Meisterprüfung bestanden haben. Dem selbständigen Betriebe des Handwerks wird die Leitung des Betriebes oder eines Betriebszweiges in einer Fabrik gleichgestellt. Der Leiter eines Betriebes, in dem mehrere Handwerke vereinigt sind, ist nur befugt, in demjenigen Handwerke Lehrlinge auszubilden, für welches er den Voraussetzungen unter 2 entspricht, ist berechtigt, auch in dem diesem verwandten Handwerke Lehrlinge auszubilden. Welche Handwerke als verwandte Handwerke zu gelten haben, wird für den Bezirk der Handwerkerkammer von dieser nach Anhörung der beteiligten Innungen mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde festgestellt. — Müller-Dortmund beantragte, die Bestimmung unter 1 2 nicht obligatorisch zu gestalten, sondern diese Beschränkung von der Entscheidung der Innung, bez. der Handwerkerkammer abhängig zu machen. Dies wurde mit dem ganzen Paragrafen angenommen. Hierbei entspann sich auch eine längere Debatte, wobei Schulz-Doppeln auf die Not der kleinen Meister in kleinen Städten aufmerksam machte, die keine Gesellen erhalten können und deshalb auf Lehrlinge angewiesen sind. — Bunte-Berlin erzählte, daß bei den Meistern der Großstädte eine unerantwortliche Lehrlingszuchterei stattfindet. Es gebe Prinzipale, die 60-70 Meisterlehrlinge haben. — Fäßhauer-Köln war gegen den Ausschluß der Bantrouten. Schließung wurden noch die übrigen Artikel angenommen. — Endlich ward in einer Gesamtstimmung der ganze Entwurf genehmigt und die drei bekannten Resolutionen der Haupttreterinnen Beute-Berlin, Ragler-München und Boß-Hamburg einstimmig untergeordnet genehmigt. — Obermeister Beute-Berlin: Ich danke Ihnen von Herzen für die einstimmige Annahme unserer Vorschläge. Auch den Vertretern des Parlaments ist unser Dank zu erstatten. Ich beantrage aber, vor allem unsere Beschlüsse mit dem Protokoll unserer allverehrten Kaiser Wilhelm II. und allen Bundesfürsten und freien Städten zu unterbreiten (lebhafter Beifall), damit der Kaiser erfährt, wie wir im deutschen Handwerk gewonnen sind, wie wir uns organisieren wollen. (Beifall.) — Dieser Antrag wurde unter großem Jubel einstimmig durch Erheben von den Sigen angenommen. Mehrere Anträge lagen noch vor; zuerst der des Vorstandes vom Bunde deutscher Schmiedeinrichtungen: „Der deutsche Innungs- und allgemeine Handwerkerkongress erneuert die alte Forderung des „Fähigkeitsnachweises“ als die grundlegende Vorbedingung für die Verbindung und den sichern Schutz des selbständigen Handwerks, und hält nach wie vor an dieser Forderung trotz der aus Regierungskreisen wiederholt gemachten Einwendung und mit Vorliebe aufgestellten Behauptung fest, der „Fähigkeitsnachweis“ habe sich in Deutschland nicht bewährt, indem diese Behauptung nicht bewiesen ist und für sich nicht anerkannt werden kann, so lange nicht regierungsgemäß eine wirklich einwandfreie Untersuchung über die Wirksamkeit des „Fähigkeitsnachweises“ für das österreichische Handwerk angestellt worden ist. Der deutsche Innungs- und allgemeine Handwerkerkongress empfiehlt deshalb die baldigste Veranstaltung einer solchen Enquete seitens der Staatsregierung, an welcher vor allem bewährte Kenner und Vertrauensmänner des Handwerks teilzunehmen hätten, um völlige Klarheit über diese viel umstrittene Frage zu verbreiten.“ Der Referent Obermeister Warnke-Berlin befürwortete diesen An-

trag, der alsbald einstimmig Annahme fand. — Der Antrag vom Bunde deutscher Schneider-Innungen, die politische Vertretung des Handwerks“ betreffend, sowie ein Antrag aus Strahlen: „Der Hausierhandel mit den verschiedenen Erzeugnissen des Kleinhandwerkes von nicht gewerbsmäßigen Handwerkern ist ein Ruin des gewissenhaft betriebenen Handwerks und die Einschränkung desselben notwendig in Erwägung zu ziehen“, wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden auf einen demnächst einberufenden allgemeinen Handwerkerkongress vertagt. Dort sollen noch andere wichtige Fragen erledigt werden. Dagegen fand eine Resolution des Steinmetzmeisters Böcker-Berlin, den Bauhauwandel betreffend, debattelose, einstimmige Annahme: „Die hier versammelten Vertreter des deutschen Handwerks fordern die Regierung auf, schleunigst Gesetze zu schaffen, die verhindern, daß eine Handvoll Spekulanten fernerhin Tausende von ehrlichen, fleißigen, deutschen Staatsbürgern, welche das Bauhandwerk betreiben, auf Grund des russischen Hypothekengesetzes, also gesetzlich erlaubt, austreiben und ruinieren können.“ — Die Stimmung drängte nun mit Macht zur Beendigung der Versammlung; infolgedessen wurde auch das Hineinbringen fremder Dinge, z. B. der Invalidentrage, energisch abgewiesen. — Reichs- und Landtagsabgeordneter Tischlermeister Euler-Köln (Centr.) richtete einige Worte der Ermunterung an die Versammlung und fuhr fort: Auch wenn die heutige Arbeit fruchtlos gewesen sein sollte, werfen Sie die Finte nicht ins Korn! Scharn Sie sich um so fester zusammen! Schließen Sie sich dem Allgemeinen Deutschen Handwerkerbund an! Wir hoffen aber, daß unsere Arbeit nicht erfolglos gewesen sein wird. Im Namen der Centrumsfraktion erkläre ich Ihnen, daß wir einstimmig, geschlossen für Ihre Vorlage eintreten werden. (Stürmischer Beifall.) Es ist Hoffnung, daß auch Herren, die uns früher fremd gegenüberstanden haben, für unsere Forderungen eintreten werden. (Lebhafter Beifall.) — Der Vorsitzende Viehl-München lud noch zu der heute stattfindenden Verhandlung des Deutschen Handwerkerbundes und zum Beitritt für diesen ein: Die Handwerker müssen auch dadurch ihre Einigkeit beweisen. In einer geradezu muherhaften Weise hat die Versammlung den Vorstand in der Zeitung unterstützt. Erlahmen Sie nicht in Ihren Bestrebungen. Bleiben Sie Innungsbrüder, auch wenn Sie als Zünftler ausgedacht werden. Es ist nicht mehr so schlimm, wie es war. Die Herren überzeugen sich, daß uns der Bock nicht so weit herunterhängt. Aber die liberale Presse ist uns entgegen, weil wir gewisse Forderungen stellen. In nicht zu ferner Zeit muß ein neuer Handwerkerkongress einberufen werden. Vielleicht kann eine Abwechslung zwischen dem Central-Innungsausschuss und dem Handwerkerbund als Einberufer eintreten, so daß in jedem Jahre ein Handwerkerkongress zusammentritt. Ich schicke die Versammlung mit dem Rufe: „Das deutsche Handwerk, das bald wieder goldenen Boden haben möge, lebe hoch! hoch!“ — Begeistert stimmten alle Anwesenden ein. — Reichstagsabgeordneter Jacobsböcker veräußerte darauf noch die Handwerker der Unterstützung ihrer Bestrebungen durch die Konservativen und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. — Damit schloß der deutsche Innungs- und allgemeine Handwerkerkongress um 5 Uhr nachmittags. — Neuerdings trägt die „Kreuzzeitung“ noch nach, daß der konservative Landesverein des Königreichs Sachsen als Delegierten den Freiherrn v. Schorlemer entsandt hätte. In seiner Ansprache, mit der er die Versammlung begrüßte, wies er vor allem darauf hin, wie der Landesverein nicht zum ersten Male den schwebenden Fragen des Handwerks näher trete, sondern seit jeher bedacht sei, in Fühlung mit den Handwerkerkreisen zu bleiben, und das auch heute thun wolle, indem der Verein einen eigenen Delegierten entsende. Frhr. v. Schorlemer gab weiterhin der Hoffnung Ausdruck, daß der Landesverein aus seiner Teilnahme am Handwerkerkongress neuen Stoff zur Weiterleitung seiner Agitation für das Handwerk gewinnen werde. — Düsseldorf, 10. April. Bis jetzt sind schon 718 Jagdhunde zu der internationalen Jagdhunde-Ausstellung angemeldet. Eine größere Anzahl von Meldungen steht noch aus.

Landwirtschaftliches.

* In den großen Staatsjosten der Gouvernements Mladimir, Nischnei-Nowgorod und Nisjan ist die Nonne massenhaft aufgetreten. Der russische Domänenminister hat zur Leitung der Bekämpfungsarbeiten einen Sachmann entsandt. — Washington, 11. April. Nach dem Bericht des Ackerbau-Bureaus ist der Durchschnittsstand des Winterweizens 86⁷/₁₀ gegen 77⁴/₁₀ im letzten Jahre. Der Durchschnittsstand des Roggens ist mit 84¹/₁₀ der beste seit fünf Jahren. Der durch die neuliche Kälte angerichtete Schaden ist noch nicht völlig festgestellt, aber zweifellos bedeutend.

Handel.

* [Zahlungseinstellungen.] Konkurs wurde eröffnet: über das Vermögen des Kleidermeisters Karl Otto Hilbert in Annaberg, über das des Handelsmanns und Bäckeri-Befähigers Max Enders in Erlbach bei Marktneudorf, über das des Bäckermeisters Ernst Anton Hecker in Delmsitz bei Stollberg, über das des Kaufmanns G. H. Neubert, in Firma Neubert u. Hunger in Chemnitz, sowie über den Nachlaß des Hausbesizers und Handelsmanns Karl Heinrich Hermann Kalkofen in Sayda. — Berlin, 11. April. (Börsenbericht.) Die heutige Börse eröffnete bei zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet in mäßig fester Haltung. Die von den fremden Börsenplätzen vortiegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber besondere gestätliche Anregung nicht dar. Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs sehr ruhig bei überwiegendem Angebot und zum Teil weiter nachgebenden Notierungen. Im Verlauf des Verkehrs machte sich infolge von Devisenkäufen vorübergehend eine leichte Befestigung bemerklich, doch schloß die Börse wieder allgemein abgeschwächt. Der Kapitalmarkt bewahrte feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen bei ruhigem Handel; deutsche Reichs- und preussische konsolidierte Anleihen zumeist behauptet, dreiprozentige unbedeutend abgeschwächt. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand zumeist ziemlich behaupten bei gleichfalls mäßigen Umsätzen; Italiener nach schwächerem Beginn etwas fester, russische Anleihen und Noten sehr ruhig und fast unverändert. Mexikaner schwächer, ungarische Goldrenten behauptet. — Die bedeutamen Erfolge, welche der deutsche Unternehmungsgeist und das deutsche Kapital auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens im Orient in den letzten Jahren errungen, haben naturgemäß die Aufmerksamkeit des deutschen Ausfuhrhandels neuerdings mehr denn je den Verantwältigern zugewandt, zumal da sich der Erweiterung und Belebung des deutschen Exporthandels nach anderen Ländern manntigfache Schwierigkeiten in den Weg stellen. Der Erfolg der nach dem Orient gesteigerten Tätigkeit ist für Deutschland denn auch nicht ausgeblieben: die deutsche Ausfuhr nach den Orientstaaten hat seit einem Decennium eine fast stetige Steigerung erfahren, besonders gilt dies von Bulgarien, welches jetzt etwa das Sechsfache von dem aus Deutschland importiert, als es vor 10 Jahren einfuhrte. Diese Thatfache erscheint um so bedeutsamer, als von selten Englands, Frankreichs und insbesondere Oesterreich-Ungarns fortgesetzt energische Schritte zur Eroberung oder Erweiterung dieses Absatzgebietes unternommen wurden. Die in gewissen industriellen Kreisen vielfach noch bestehende Abneigung gegen Ge-

schäfte nach dem Orient ist darin begründet, daß der Orient und dessen Geschäftsverhältnisse noch immer nicht so bekannt sind, wie es zur Herbeiführung gesicherter und ersprießlicher Geschäftsverbindungen notwendig ist. Wenn irgendwo, so ist gerade bei Geschäften nach dem Orient eine genaue Kenntnis des ganzen geschäftlichen Betriebes mit all seinen Schattenseiten erforderlich. Vor allem bedarf man eines wirklich sicheren Agenten, der Kenntnis verlässlicher Informationsbureaus und der Wünsche der Abnehmer bezüglich des Geschmacks und der Geschäftsgebräuche und muß auch im allgemeinen wenigstens über die Rechtsverhältnisse u. s. f. unterrichtet sein. Angesichts dieser oft dem deutschen Exporteur noch mangelnden genauen Kenntnis der orientalischen Verhältnisse ist es daher mit Freuden zu konstatieren, daß Deutschland in jüngster Zeit energisch bestrebt ist, diesem Mangel Abhilfe zu schaffen und durch Entsendung von tüchtigen jungen Kaufleuten nach dem Orient sich Kräfte heranzubilden sucht, die geeignet sind, Pionierdienste zur Konsolidierung der deutschen Interessen im Orient zu leisten, und in mehrjährigem Aufenthalt daselbst Land und Leute des Orients, insbesondere die handelspolitischen und kaufmännischen Verhältnisse genau kennen zu lernen, und das Ansehen deutscher Arbeitskraft, Schaffenslust und Fähigkeit zu fördern. Wie verlautet, ist ganz besonders auch der Exportverein für das Königreich Sachsen, dessen auf die Hebung des Ausfuhrhandels gerichtete Bestrebungen mit in erster Linie auch auf die Länder des näheren Orients gerichtet sind, nach dieser Richtung hin thätig gewesen, indem er binnen Jahresfrist nach verschiedenen Plätzen des Orients nicht weniger als vier auf seinem Bureau herangebildete tüchtige junge Kaufleute ausandte und sie in angesehenen Geschäftsbüroaus daselbst unterbrachte. Möge dieses Vorgehen des Exportvereins mehr und mehr Nachahmung finden, sowohl im Interesse unserer geschäftlichen Beziehungen zum Orient, als auch im Interesse unseres Exporthandels überhaupt.

* Frankfurt a. M., 11. April. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat die hiesige Handelskammer heute an den Reichstag und an das Reichschatzamt Eingaben gerichtet, in denen um ein Hinanschieben des Termins für das Inkrafttreten des Stempelsteuergesetzes bis zum 1. Juni gebeten wird. Die Zusammenkunft zu Erörterungen über das fünfjährige Verhältnis zwischen Bankiers und Maklern soll am Mittwoch stattfinden. — Hamburg, 10. April. (N. A. Z.) Der Vorstand des Vereins der im Getreidehandel beteiligten Firmen hat an den Reichstagsrat und an den Reichstag gestern ein Telegramm gerichtet, in welchem die Bitte ausgesprochen wird, in der dritten Lesung des Börsensteuer-Gesetzentwurfes für die zukünftige Bestimmung der Geschäfte in Waren doch zum mindesten die ursprüngliche Regierungsvorlage, welche eine Steuer auf nicht terminmäßig gehandelte Warenmengen nicht beabsichtigte, wiederherzustellen. Die Annahme der Position 4b, wie solche in der zweiten Lesung erfolgt ist, würde, wenn sie Gesetzeskraft erlangen sollte, eine schwere Schädigung des deutschen Getreidehandels und insbesondere der Hamburger Börse, welche ein Termingeschäft in Getreide nicht kennt, bedeuten.

* Havre, 11. April. Kaffee good average Santos pr. April 103 50, pr. Mai 103 25, pr. Septbr. 99 50. Schleppend. — Kaffee in New-York schloß mit 20 Points Baiffe. Rio 3000 Sach, Einnahmen für gestern. — Glasgow, 11. April. Kohseifen. Mehr numbers warrants 42 sh. 11 d. — Der Mangel an Nahrungsmitteln im Norden Persiens, welcher vor einiger Zeit die persische Regierung zum Erlaß eines die Provinz Azerbeidjan betreffenden Getreide-Ausfuhrverbots bewogen hatte, macht sich seit einiger Zeit auch in den Provinzen Gilan und Mazenderan besonders fühlbar. Zur Bekämpfung der Teuerung, insbesondere des Reises, welcher das hauptsächlichste Produkt der letztgenannten Landschaften und die Nahrung ihrer Bewohner bildet, hat die Regierung jenem Ausfuhr-Verbot für Getreide jetzt ein solches für Reis folgen lassen. Das Verbot, das am 18. v. Mts. in Gültigkeit treten sollte, bezieht sich auf ganz Persien.

Post, Telegraphen, Eisenbahnen, Schifffahrt etc.

- Der am 1. d. in Kraft getretene Nachtrag II zum sächsischen Lokalgütertarif enthält Änderungen der besonderen Tarifvorschriften und des Nebengebührentarifs. Die von 30 Pfg. auf 40 Pfg. pr. 100 Stück erhöhte Gebührensätze für Abfuhrung der nicht für Rechnung der Eisenbahnverwaltung gedruckten internationalen Frachtbriefformulare sind erst vom 15. Mai d. J. ab gültig. — Die vom 15. November 1893 an bis auf weiteres gültigen provisorischen Ausnahmestafeln für die Beförderung von Futtermitteln (Mais, Kleie etc.) des sächs.-öster. und sächs.-westöster.-ungar. Verbandes treten am 1. Juli d. J. außer Kraft. An ihre Stelle treten wieder die früheren Tarifsätze des Haupttarifs. — Nach der bei dem Reichspostamt zusammengestellten Bezirksstatistik für 1893 beträgt die Gesamt-Stückzahl der im deutschen Reichspostgebiet eingegangenen Briefsendungen (Briefe, Postkarten, Geschäftspapiere und Warenproben): 1 682 580 290, die Gesamt-Stückzahl der ausgegebenen Briefsendungen: 1 707 815 430. Auf den Einwohner entfallen von den eingegangenen Briefsendungen: 40,3, von den ausgegebenen: 40,9 Stück. Von den im Reichspostgebiet bestehenden 40 Ober-Postdirektionsbezirken weist der Bezirk Berlin die höchste Stückzahl der Briefsendungen auf: 207 496 990 eingegangene (111,4 auf den Einwohner), 227 270 430 ausgegebene (122 auf den Einwohner). Die zweitöchste Gesamtzahl entfällt auf den Bezirk Leipzig: 108 002 300 eingegangene (45,9 auf den Einwohner), 122 250 300 ausgegebene (52 auf den Einwohner). Hierauf folgt der Bezirk Hamburg mit 100 062 800 eingegangenen (79,8 auf den Einwohner) und 120 251 600 ausgegebenen (95,9 auf den Einwohner) Briefsendungen. Auf den Bezirk Frankfurt (Main) entfallen 51 791 300 eingegangene (58,7 auf den Einwohner) und 61 768 800 ausgegebene (70,0 auf den Einwohner), auf den Bezirk Köln 54 163 800 eingegangene (65,3 auf den Einwohner) und 49 522 300 ausgegebene (59,7 auf den Einwohner) Briefsendungen. Im Bezirke Dresden beträgt die Zahl der eingegangenen Briefsendungen 62 435 000 (auf den Einwohner 47,2), die der ausgegebenen 57 682 800 (auf den Einwohner 43,6). Die niedrigste Stückzahl der auf den einzelnen Einwohner entfallenden Briefsendungen ergibt sich für die Bezirke Oppeln und Cöslin: im Bezirk Oppeln (30 033 500 eingegangene Sendungen) 19,0

Rechnungs-Übersicht der Sparkassen- und Leihanstalt der Stadt Bautzen auf das Jahr 1893.

Activa.				Passiva.			
	M	S			M	S	
1. Hypotheken-Darlehen:				1. Sparkassen-Einlagen:			
Saldo am 31. December 1892	9,328,823	—	Saldo am 31. December 1892	28,781	Bücher	13,323,753	06
Zugang	611,155	—	Am 31. Januar resp. 31. Juli 1893 zum	328,485	54	Kapital geschlagene Aktien	2,359,362
	9,939,978	—	Zugang	2,257	Bücher	31,038	67
Abgang	57,550	—		1,718	—	16,011,600	67
	9,882,428	—	Abgang	29,320	Bücher.	2,297,686	29
2. Werthpapiere:				2. Creditoren:			
Saldo am 31. December 1892	4,130,607	90	Saldo am 31. December 1892	150,225	55		
Abgang	177,563	25	Zugang	720,901	17		
	3,953,044	65	Abgang	871,126	72		
Uebertrag auf Coursdifferenz-Ausgleichungs-Fond	1,297	20		701,977	56		
Bestand nach den Tagescoursen vom 31. December 1893	3,954,341	85	3. Reserve-Fond:				
3. Pfand-Darlehen:				Saldo am 31. December 1892			
A. auf Pretiosen, Waaren und andere Sachen.				654,795			
Saldo am 31. December 1892	3,453	Pfandscheine	Zugang				
Zugang	5,508	—	11,659				
	8,961	—	666,455				
Abgang	5,836	—	4. Coursdifferenz-Ausgleichungs-Fond:				
	3,125	—	Saldo am 31. December 1892				
B. auf Werthpapiere u. s. w.				142,902			
Saldo am 31. December 1892	168	Pfandscheine	Uebertrag vom Conto der Werthpapiere				
Zugang	178	—	1,297				
	306	—	144,199				
Abgang	149	—	5. Auktionserlös-Überschüsse und sonstige unverzinsliche				
	157	—	Passiva:				
4. Debitoren:				Saldo am 31. December 1892			
Saldo am 31. December 1892	49,819	08	571				
Zugang	640,800	—	Zugang				
	690,619	08	1,192				
Abgang	448,222	—	Abgang				
	242,397	08	565				
5. Hypothekenzinsen-Rückstände:				6. Provisorische Passiv-Zinsen:			
Saldo am 31. December 1892	37,606	76	Zinsen von Einlegerguthaben per 31. December 1893				
Abgang	37,377	39	208,798				
	229	37	7. Reingewinn für das Jahr 1893:				
Zugang	27,651	88	121,487				
	27,881	25					
6. Inventarium und sonstige zinslose Activa:							
Saldo am 31. December 1892	14,896	16					
Zugang	621	09					
	15,517	25					
Abgang	1,070	95					
	14,446	30					
7. Provisorische Activ-Zinsen:							
Rechnungsmäßig bis 31. December 1893 ermittelte aber noch nicht fällige Zinsen				110,513			
8. Kassenbestand:							
Saldo am 31. December 1892	112,771	03					
Zugang	4,969,459	72					
	5,082,230	75					
Abgang	4,957,863	06					
	124,367	69					
	15,024,631	58					

Das Verzeichnis der einzelnen Sparkassen-Einlagen nach den Buchnummern, ohne Bezeichnung der Namen, liegt im Geschäftszimmer der Anstalt für die Interessenten zur Einsicht bereit.
Bautzen, den 12. April 1894.

Die Deputation für die Sparkassen- und Leihanstalt. Der Direktor der Sparkassen- und Leihanstalt.
Heerklotz, Vorsitzender. Weiss.

Eine leichte emp. Halbhaase, gut gehalten, steht zum Verkauf: Gasthof zum gold. Lamm.

Gemüse-Conserven
Empfehle als:
• besten Stangenspargel,
• Bressspargel,
• beste Knisferschoten,
• f. junge Schoten,
• Schnillbohnen,
• Bressbohnen,
• Champions
u. a. m. in guter Qualität billigt
H. Lolck.

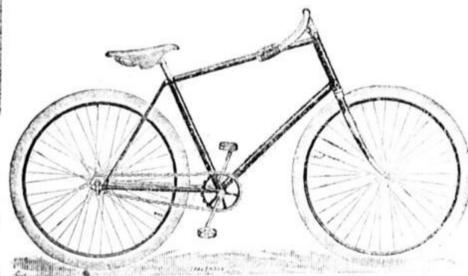
In Gläsern empfehle:
ff. Erdbeeren,
= Ananas,
= gem. Früchte;
ausgewogen:
ff. Kirichen,
= russ. Compott,
= Preiselbeeren
u. a. m.
H. Lolck.

Sant-Graben,
Sant-Wicken,
besten schlesischen Kohlklee,
Weißklee,
Schwedisch Klee,
Lupinen,
Luzerne,
langen Knörrieh
echt engl. Raygras,
ital. do.,
Chiergartenmischung,
empfehle billigt **H. Lolck.**

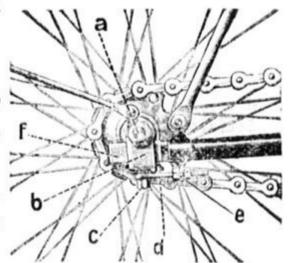
Umsatz 1892/93:
600,000 Flaschen.
Pfund's
sterilisierte
keimfreie
Kindermilch,
beste
Säuglingsnahrung.
Dresdner Molkerei
Gebrüder Pfund.
Hauptkontor: Bautznerstr. 79.
Zu haben in **Bautzen:**
Drogerie Strauch & Kolde.

Hamburger
Kaffee-Mischung,
billigster Ersatz für Kaffee
(ein Loth ergiebt acht Tassen),
I. Sorte Pfund 72 S.,
II. " " 56 S.,
III. " " 48 S.,
in ganzen und halben Pfunden
empfehle
Germann Bensch, Töpferstr. 36.
Neuheiten in Blusen
aller Art sind in allen Größen
vorräthig. Maß-Bestellungen
in kürzester Zeit.
H. Kanjer,
Semlaastr. No. 6

Gebr. Thomas, Fahrradfabrik, Bautzen-Seidau



bringen beim Beginn der Saison
ihre Fabrikate
neuester
Konstruktion, mit nebenstehend
illustrirter, geschäftlich geschützter,
ohne
Concurrenz dastehender Ketten-
spannung, in empfehlende Er-
innerung.



Die vorjährigen Erfolge: Der 100-Km.-Straßen-Record des D. N. B. in 3 St. 30 Min. und 43 Secunden, welcher noch nicht geschlagen wurde, sowie die 1893er 100-Km.-Meisterschaft des S. N. B., als auch 24 erste, 17 zweite und 3 dritte Preise, bürgen für die Güte und den leichten Gang unserer Maschinen.
Auf Wunsch werden unsere Fahrräder auch mit Kettenchutz und Delfasten, sowie Schutzbändern gegen Ausgleiten und Eindringen spitzer Gegenstände versehen.

93er Legehühner,
schöne Rasse, fleißige Eierleger, versend. unt. Gar. leb. Ankunft fracht, emballage u. Zollfrei aller Bahnhaf. Deutschlands 9 Hühner u. 1 Hahn A 19.50, 6 Hühner u. 1 Hahn A 12.50, Nachn. Kaufser & Gafer, Monasterzkystra No. 98 (Galtzien).

Professor Kühn,
ertragreichste Kartoffelzüchtung von Zerich, bei jeder Witterung gedeihend, vereinigt dieselbe in sich eine edle Form, feinsten Geschmack und größte Haltbarkeit im Winterlager, zu verkaufen per Centner mit Wf. 2.50 ab hief. Bahnhafion bei **Bauer Wendler, Beiersdorf, Oberlausitz.**

Butter! Honig!
je 9 Pfund netto franco Nachn. Süßrahm-Tafelbutter I feinst A 7.50, Blütenhonig ff Tafelforte - 5.50, Schelkenhonig, helle Wab., - 6.75, 4/2 Pf. Butter, 4/2 Pf. B. - 6.50, Sontag **O. Dohl I, Borsche, w. Desterreich.**

Achtung! Achtung!
Die anerkannt besten Fett-
waren, als: russ. u. amerit.
Maschinenöl, Cylinder-Ba-
selinöl, Fuß- und Lederfett,
schwarz und gelb, confist. Ma-
schinenfett, Naturwagensefett,
rein schwimmend und Seifen
offerirt zu den billigsten Preisen
das Special-Engros- u. Detail-
Geschäft von
A. Pittner,
nur Jessingstraße 5,
vis-à-vis der Landwirthschaftl.
Schule.
Einziges am Platze!

Den besten Kaffee, roh und geröstet, **Th. Grumbt,** liefert
Gewandhaus u. äuss. Lauenstr.

